

Priller, Eckhard

Working Paper

Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung in Ostdeutschland: Kontinuitäten und Veränderungen

WZB Discussion Paper, No. FS III 99-410

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Priller, Eckhard (1999) : Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung in Ostdeutschland: Kontinuitäten und Veränderungen, WZB Discussion Paper, No. FS III 99-410, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50194>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 410

Demokratieentwicklung
und gesellschaftliche Mitwirkung
in Ostdeutschland
Kontinuitäten und Veränderungen

Eckhard Priller

Oktober 1999

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25 491 - 0

Zusammenfassung

Im vorliegenden Arbeitspapier werden die Einstellungsveränderungen der Ostdeutschen zur Demokratie und zur gesellschaftlichen Mitwirkung untersucht.

Im Unterschied zur öffentlichen Diskussion, die den Ostdeutschen mangelnde Akzeptanz demokratischer Prinzipien unterstellt, wird in der vorliegenden Studie anhand aktueller Daten gezeigt, daß die Mehrheit der Ostdeutschen demokratische Grundwerte vertritt und das bundesdeutsche Demokratiemodell annimmt. Gleichzeitig bestehen in beachtlichem Umfang kritische Haltungen zum politischen System und zu der in den letzten Jahren praktisch erlebten Demokratie.

Obwohl das politische Interesse und die Mitwirkungsbereitschaft im politischen Bereich nach der „Wendeeuphorie“ auf ein geringes Niveau gesunken sind, ist ein beachtlicher Anteil der Ostdeutschen heute bereit, sich im sozialen Bereich und in Freizeitorganisationen zu engagieren. Die hohe Wertschätzung zwischenmenschlicher Beziehungen weist zugleich auf die unverminderte Bedeutung von Gemeinschaftsaspekten und ein weiterhin funktionierendes soziales Beziehungsgefüge hin.

Abstract

This paper analyses the changes in the outlook of East Germans on democracy and social engagement.

Contrary to the public discussion, assuming a lack of acceptance of democratic principles by the East German citizens, this paper shows that the majority of the East Germans advocate basic democratic values and accept the model of democracy of the Federal Republic. The research is based on current empirical data. At the same time, the East Germans are rather critical of the existing political system as well as of the forms of democracy they have experienced over the last years.

After the euphoria of the time when the Wall had come down, political interest and readiness for political participation had reached a rather low level. Nevertheless, a significant percentage of East Germans now expressed their readiness to engage themselves in the social sphere and in leisure-time activities. The high significance which they assign to human relations also confirm the undiminished importance of the aspects of community and a functioning social network.

Inhalt

	Seite
1 Einführung	5
2 Phasen der bisherigen Entwicklung	7
3 Einstellungen zur und Bewertungen der Demokratie	9
3.1 Akzeptanz demokratischer Grundwerte	9
3.2 Bewertung des politischen Systems	12
3.3 Zufriedenheit mit der Demokratie und Erwartungen zur künftigen Entwicklung	15
3.4 Gesellschaftliche Bindung und soziale Beziehungen	20
4 Teilnahme am politischen Leben	25
4.1 Politisches Interesse	25
4.2 Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitgliedschaft in Organisationen	27
4.3 Parteienakzeptanz	31
5 Schlußfolgerungen	36
6 Literatur	39

1 Einführung¹

Die bereits früher vertretene Position (vgl. Priller 1992, 1997), daß die Herausbildung demokratischer Verhältnisse in Ostdeutschland nach dem Muster der alten Bundesrepublik ein langwieriger, noch nicht abgeschlossener Prozeß ist, hat nach zehn Jahren Transformation weiterhin Gültigkeit. Die Veränderungen in den Einstellungen, Verhaltensweisen und Befindlichkeiten der Ostdeutschen werden von der Öffentlichkeit und der Politik häufig nur als Angleichung an die Niveaus der Westdeutschen und als eine Frage der Zeit angesehen. Bei einer Bilanz der aktuell wahrzunehmenden politischen Einstellungen und der tatsächlich erreichten gesellschaftlichen Partizipation wird eine gewisse Ungeduld hinsichtlich der eingetretenen Veränderungen zum Ausdruck gebracht. Äußerungen über ein fehlendes Demokratieverständnis der Ostdeutschen entfachen stets erneut die öffentliche Diskussion. Die Aufregung über eine weiterhin ausstehende völlige Angleichung an das Demokratieverständnis der Menschen in den alten Bundesländern mag einerseits unter dem Vorsatz, eine vollständige Angleichung des Ostens an den Westen erreichen zu wollen, verständlich sein. Andererseits stellt sich die Frage, ob die häufig benutzte Argumentation, daß auch die demokratische Entwicklung in Westdeutschland nach 1945 einen längeren Anlauf benötigte, für Ostdeutschland noch weiter vertretbar bleibt oder ob sich die kritische Haltung der Ostdeutschen nicht auch gegen einen gewissen Automatismus und Formalismus des demokratischen Systems der Bundesrepublik richtet. Es ist deshalb angebracht, verstärkt nach Ursachen und Faktoren zu suchen, die zu den kritischen ostdeutschen Positionen in diesem wichtigen Feld der Gesellschaft beitragen.

Im alltäglichen politischen Leben in den neuen Bundesländern hat sich in vielerlei Hinsicht eine „Kontinuität der besonderen Situation“ durchgesetzt. Erinnerung sei z.B. an die starke Repräsentanz der PDS in den demokratischen Institutionen der neuen Bundesländer oder in jüngster Zeit an die Koalitionsregierung von SPD und PDS in Mecklenburg/Vorpommern ebenso wie an die Wahlerfolge der rechtsgerichteten DVU in Sachsen-Anhalt und Brandenburg bei den letzten Landtagswahlen. Zugleich stellt sich die Frage, inwieweit das politische und gesellschaftliche Leben in den neuen Bundesländern eine „Spezifik von stärkerer Dauerhaftigkeit“ aufweist. Es ist offenbar nicht zu unterschätzen, daß Unterschiede in der historischen Situation und die vielschichtige Einbindung der Bürger in wirtschaftliche wie allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einen nicht zu vernachlässigenden Einfluß auf ihre Einstellungen und Verhaltensweisen haben.

Eine wesentliche Komponente der ostdeutschen Transformation betraf gerade die Veränderungen im politischen Leben. Sie vollzogen sich vor allem durch die feste Etablierung der demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland in Ostdeutschland. Es erwies sich, daß die Herausbildung demokratischer Verhältnisse in den

1 Die wichtigste Datenbasis der folgenden Darstellungen sind die seit 1990 jährlich durchgeführten Untersuchungen „Leben '90“ bis „Leben '99“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin - Brandenburg e.V. (SFZ). Im Rahmen dieser Erhebung werden jährlich ca. 1500 Ostdeutsche zur Veränderung ihrer Lebenslage und zu Einstellungen und Zufriedenheiten befragt.

neuen Bundesländern nicht auf die institutionelle Seite und den erfolgreichen Institutionentransfer beschränkt werden darf. Von besonderem Interesse für die Untersuchung der Demokratieentwicklung und der gesellschaftlichen Partizipation ist es deshalb, wie die Ostdeutschen mit dem Netzwerk der politischen Strukturen zurechtkommen, wie sie es akzeptieren und selbst zur Artikulierung und Durchsetzung eigener Interessen nutzen. Gleichzeitig geht es dabei um die eigenständige Herausbildung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen, wie sie sich durch intermediäre Organisationen in Form von Parteien, Verbänden und Vereinen (vgl. Zimmer/Priller/Anheier 1997) oder insgesamt bei der Gestaltung von sozialen Beziehungen zeigen.

Indem diese Aspekte in die Betrachtung mit einbezogen sind, geht der an dieser Stelle verwendete Ansatz weiter als jener der traditionellen Demokratieforschung und versucht auf der empirischen Ebene, mit einigen Indikatoren Anschluß zu finden an jene Diskussionen, die in den Konzepten zu Zivilgesellschaft und sozialem Kapital eine Rolle spielen.

Die empirische Betrachtung der Demokratieentwicklung in Ostdeutschland bildet den Schwerpunkt der folgenden Darstellungen (einen Überblick zu theoretischen Konzepten und zur politikwissenschaftlichen Analyse geben u.a. Eisen/Kaase 1996). Uns interessieren an dieser Stelle besonders politische Einstellungen, Orientierungen und Bewertungen sowie jene Aktivitäten, die gesellschaftliche Einbindung und Partizipation direkt zum Ausdruck bringen. Durch die Anlage der den Analysen zugrundeliegenden Erhebungen (vgl. Winkler 1999, S. 10-13) können wichtige Daten zu einem großen Teil über fast zehn Jahre fortgeschrieben werden. Dabei wird methodische Kontinuität durch die Rezipierung früher gestellter Fragen erreicht, und gleichzeitig werden neue Gesichtspunkte in die Betrachtungen aufgenommen.

2 Phasen der bisherigen Entwicklung

Mit der Übernahme des Institutionengefüges der Bundesrepublik wurden 1990 wichtige Rahmenbedingungen für die demokratische Ausgestaltung der neuen Bundesländer geschaffen. Diese Optionen allein reichten jedoch offenbar nicht aus, um die ostdeutsche Gesellschaft fundamental umzugestalten. Für eine grundlegende Demokratisierung sind zugleich entsprechende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedingungen, ein funktionierendes Institutionengefüge und eine entsprechende politische Kultur von entscheidender Bedeutung. Unverzichtbar bleibt weiterhin das umfassende und eigenständige Engagement der Bürger für die erfolgreiche Gestaltung der Gesellschaft. Dies setzt u.a. eine Mitwirkungsbereitschaft voraus, die auf Kenntnissen des demokratischen Systems und auf selbst gemachten Erfahrungen aufbaut. Es soll deshalb untersucht werden, wie die Ostdeutschen das gegenwärtige Demokratiesystem nach den bisher gemachten Erfahrungen bewerten, inwiefern sie es annehmen und selbst gestalten. Neben der Untersuchung von Zustimmung und Akzeptanz sind dabei vor allem kritische Bewertungen, unerfüllte Hoffnungen und künftige Mitwirkungsaktivitäten zu berücksichtigen.

Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen der Ostdeutschen haben sich bekanntlich im politischen Bereich nach 1989 in beträchtlichem Maße verändert. Sie reflektieren eine dynamische und zugleich widersprüchliche Entwicklung. Die breite Aktivierung des größten Teils der ostdeutschen Bevölkerung 1989/1990, die als „politischer Aufbruch“ bezeichnet wird, trug bekanntlich entscheidend zum Zusammenbruch der DDR-Strukturen bei. Das hohe Maß an politischer Aktivität und gesellschaftlicher Beteiligung bei der Neugestaltung der ostdeutschen Gesellschaft setzte sich allerdings in den folgenden Jahren nicht in dem gleichen Umfang fort. Bereits unmittelbar nach 1990 kam es zu tiefen Einbrüchen in der gesellschaftlichen Partizipation und darüber hinaus zu einem Rückgang des politischen Interesses. Diese Tendenzen haben zwar in den folgenden Jahren an Dynamik verloren, jedoch bleiben die Anzeichen für Fortschritte in diesem Bereich weiterhin beschränkt.

Natürlich konnte aus der schlichten Übertragung des gesetzlichen Rahmens und der Institutionen der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland nicht automatisch und sofort deren vollständige Akzeptanz durch alle ehemaligen DDR-Bürger erwartet werden. Nachteilig wirkte sich besonders aus, daß die übertragenen Institutionen hier nicht historisch gewachsen sind und einer teilweise anderen Problemlage gegenüberstehen als in Westdeutschland.

Wenn man die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1990 unter institutionellen Aspekten betrachtet, heben sich bisher drei Phasen in der Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung deutlich ab:

a) Umbruch- und Umbauphase

Diese erste Phase kennzeichnete vor allem den Zusammenbruch der alten DDR-Strukturen und die Herausbildung neuer Institutionen. Von dem Niedergang waren die Einrichtungen der zentralen staatlichen Administration bis hin zur kommunalen Ebene sowie die Parteien und Organisationen gleichermaßen betroffen. In dieser Zeit meldete

sich nicht nur eine große Zahl der DDR-Bürger durch Demonstrationen kritisch zu Wort, sondern in zahlreichen Gremien und Versammlungen wurden die bisherigen Zustände kritisiert sowie organisatorische und personelle Veränderungen durchgesetzt. Die Währungsunion und letztlich die Herstellung der deutschen Einheit beschleunigten gleichzeitig die Übernahme westdeutscher Strukturen durch den sogenannten Institutionentransfer (vgl. Lehbruch 1993). In der neu entstehenden Parteien- und Organisationslandschaft kristallisierte sich im Vergleich zu Westdeutschland eine Reihe von Besonderheiten heraus, so daß man von einer heterogenen Strukturbildung (vgl. Beyme 1994, S. 257) sprechen kann. Diese erste Phase des „Ankommens in der neuen Gesellschaft“ reicht etwa bis 1993.

b) Konsolidierungsphase

Ab 1994 setzte eine zweite Phase der Demokratieentwicklung und gesellschaftlichen Mitwirkung ein. Ausgehend von der festen Etablierung des Institutionengefüges nach westdeutschem Muster, dem weitgehenden Abschluß der Aufbauphase und der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten arbeiteten viele Verwaltungen, Behörden und gesellschaftliche Einrichtungen in dieser Zeit wirksam und erfolgreich. Dies wurde von den Ostdeutschen in der Regel in ihren Bewertungen honoriert. Gleichzeitig blieb ein beachtlicher Widerspruch zwischen den hohen Erwartungen, die sich vor allem in der Wendezeit ausprägten, der kritischen Wahrnehmung von Zuständen und Entwicklungen in der aktuell erlebten Demokratie und den Partizipationsmöglichkeiten bestehen.

c) Phase zunehmender Akzeptanz, Anpassung und der Behauptung von Eigenständigkeit

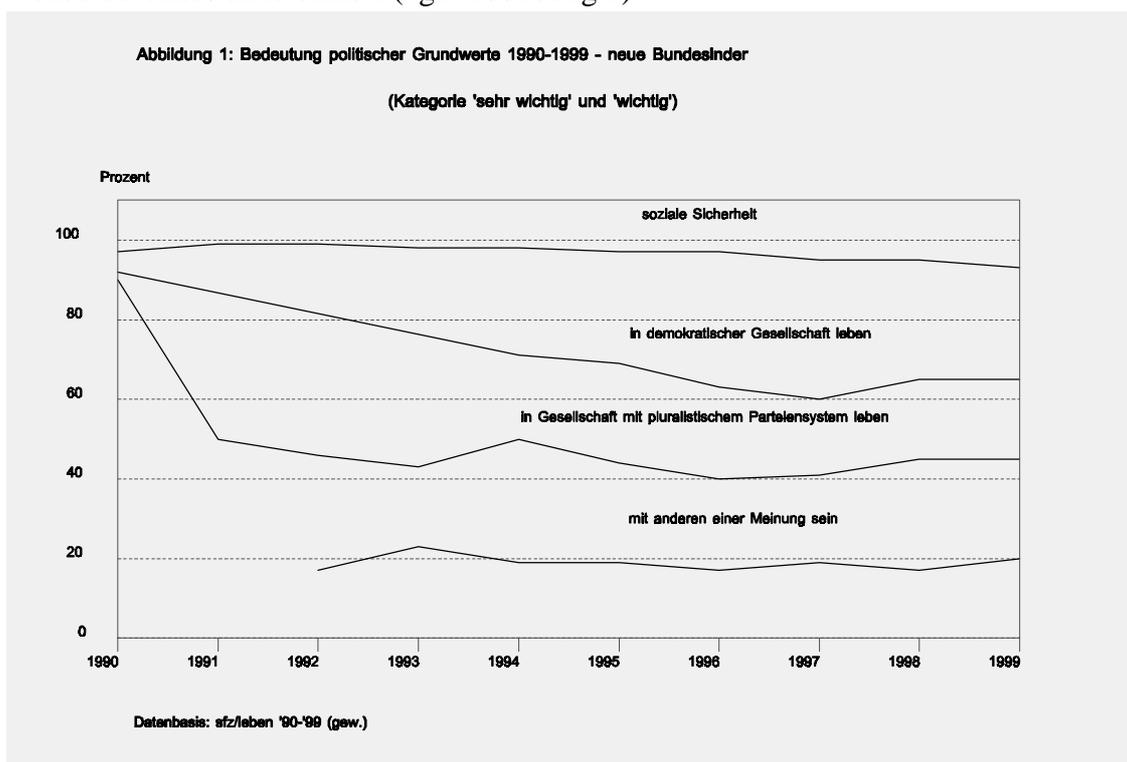
Die sich seit 1997 (vgl. Priller 1997a, S. 45f.; 1997b, S. 286f.) abzeichnende Phase allgemeiner Resignation hat sich in den letzten beiden Jahren nicht bestätigt. Hingegen sind die Anzeichen für ein gewachsenes Selbstbewußtsein der Ostdeutschen und die Festigung einer spezifischen, nicht rückwärtsgerichteten Ostidentität auszumachen (vgl. Winkler 1997). Diese äußert sich zwar in hohem Maße als „Abgrenzungsidentität“, beinhaltet im Kern jedoch eher das „Bedürfnis nach Anerkennung“ (vgl. Pollack 1998) und Selbstbehauptung. Eine geringe Bedeutung hat dabei die Rückbesinnung auf bestimmte Erfahrungen, die unter DDR-Bedingungen gemacht wurden und dort u.a. für ein „Überleben“ erforderlich waren und somit das gesellschaftliche Leben kennzeichneten. Kooperationsbereitschaft und gemeinsames Wirken anstelle von Konkurrenz und Atomisierung der Individuen können jedoch auch künftig zu jenen Merkmalen gehören, die besonders auf der lokalen und regionalen Ebene das Handeln gesellschaftlicher Akteure mitbestimmen. Im Zuge der Selbstbehauptung der Ostdeutschen entsteht zwar die Gefahr einer gewissen Selbstaussgrenzung, die ähnlich wie in der DDR zum Nebeneinanderbestehen einer offiziellen und einer privaten politischen Kultur führen kann. Gleichzeitig stellen diese Tendenzen des Suchens nach neuen Demokratieformen und die Entwicklung eigenständiger Strukturen und Wege durchaus Potentiale dar, um gegen vorhandene Formalismen und Erstarrungen in der Demokratie der Bundesrepublik aktiv zu werden. Letztlich können sie damit zu einer Bereicherung der demokratischen Praxis der Bundesrepublik führen.

3 Einstellungen zur und Bewertungen der Demokratie

3.1 Akzeptanz demokratischer Grundwerte

Unmittelbar nach 1990 durchgeführte Untersuchungen wiesen eine hohe Zustimmung der Ostdeutschen zu demokratischen Grundwerten und eine überwiegende Akzeptanz des westdeutschen Demokratiemodells bei der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung nach. So wurden freie und geheime Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, freie Gewerkschaften, das Vorhandensein einer Opposition, eine freie Presse, die Bildung von Vereinigungen, unabhängige Kontrollorgane und Reisefreiheit von der großen Mehrheit der Ostdeutschen als Bestandteile von Demokratie (zumeist mit jeweils weit über 90 Prozent) angesehen (vgl. Priller/Weichert 1992). Vergleichsuntersuchungen zwischen beiden Landesteilen bestätigten außerdem die weitgehende Übereinstimmung zwischen West- und Ostdeutschen in der Unterstützung demokratischer Grundwerte und Normen (vgl. Gabriel 1994, S. 32; 1996, S. 253; Fuchs/Roller 1997, S. 614f.).

Die Akzeptanz einzelner politischer Grundwerte in Ostdeutschland ist nach der Wende durchaus differenziert (vgl. Abbildung 1).



Über den gesamten Zeitraum hat die Bedeutung der 'sozialen Sicherheit' nur geringe Veränderungen erfahren. Sie wurde gleichbleibend von 1990 bis 1999 von fast allen Ostdeutschen als 'sehr wichtig' bzw. 'wichtig' angesehen. Ebenso veränderte sich die

Bedeutung des Indikators, 'mit anderen einer Meinung zu sein' – mit ihm wird die Konsens- und Kompromißfähigkeit erfaßt –, nur geringfügig. Allerdings mißt nur jeder fünfte Ostdeutsche diesem seit 1992 erhobenen Wert hohe Bedeutung bei.

Die Einschätzungen anderer demokratischer Grundwerte haben sich hingegen im Vergleich von 1990 zu den folgenden Jahren relativ stark, seit 1996 aber kaum noch verändert. Beträchtliche Bedeutungsverluste verzeichnen die Werte 'in einer demokratischen Gesellschaft leben' und 'in einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem leben'. Die stärksten Einbrüche sind dabei unmittelbar nach der Etablierung des neuen Systems festzustellen.

Der starke Bedeutungsverlust läßt sich vor allem durch die hohe Aktualität dieser Fragestellung zum Erhebungszeitpunkt zu Beginn des Jahres 1990 und durch die weitgehende Erfüllung entsprechender Forderungen zur Demokratisierung der Gesellschaft in der Folgezeit erklären. Mit deren Realisierung ist gleichzeitig die Wichtigkeit dieses Grundwertes zurückgegangen. Die Bewertungen folgen somit dem bekannten Muster, daß realisierte Werte an Bedeutung verlieren können.

'In einer demokratischen Gesellschaft zu leben', hatte 1990 für weit über 90 Prozent der Ostdeutschen einen hohen Stellenwert; über die Hälfte der Befragten erachtete dies sogar als 'sehr wichtig'. 1999 sahen dies immer noch fast sieben von zehn Ostdeutschen als 'sehr wichtig' oder als 'wichtig' an (vgl. Tabelle 1). Gegenüber den Vorjahren ist dabei die Bedeutsamkeit erneut leicht angestiegen, so daß künftig von einer Stabilisierung auf dem vorhandenen Niveau auszugehen ist. Beachtung verdient außerdem, daß es gegenwärtig kaum jeder zehnte Ostdeutsche als 'weniger wichtig' oder 'unwichtig' ansieht, in einer Demokratie zu leben und nur ein ebenso geringer Anteil von einem pluralistischen Parteiensystem nichts hält, indem er es als 'unwichtig' ansieht.

Die Beurteilungsunterschiede zwischen Männern und Frauen bleiben weiterhin gering, obwohl seit 1990 insgesamt etwas höhere Bedeutungsverluste bei den Frauen auftraten. Eine demokratische Gesellschaft war 1999 für 16 Prozent der Männer und für 14 Prozent der Frauen 'sehr wichtig'. Der Anteil jener, die dies für 'weniger wichtig' oder 'unwichtig' hielten, war bei Männern und Frauen gegenüber dem Vorjahr fast konstant und lag unter zehn Prozent. Hingegen sind die Unterschiede zwischen den Alters- und den Qualifikationsgruppen in den letzten Jahren geringer geworden. Die höhere Wertschätzung der Demokratie durch Jugendliche und in den oberen Qualifikationsgruppen hebt sich zunehmend ab.

Ähnliche Resultate im zeitlichen Verlauf vermitteln die Antworten zu einer anderen, thematisch naheliegenden Fragestellung. Dem 'pluralistischen Parteiensystem' - einem fundamentalen Grundwert parlamentarischer Demokratie - wurde 1990 ebenfalls sehr hohe Bedeutung beigemessen. Nur ein geringer Teil der Bevölkerung hielt diesen demokratischen Grundwert damals für unwichtig. Allerdings verlor diese Einschätzung bereits im folgenden Jahr stark an Geltung. Ursachen für diesen Bedeutungsverlust können vor allem in der erfolgreichen Etablierung des pluralistischen Parteiensystems und dem daraus folgenden geringeren Gewicht als aktuelle Zielstellung gesehen werden.

Tabelle 1: Bedeutung, in einer demokratischen Gesellschaft und in einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem zu leben 1999
- neue Bundesländer (in Prozent)

	In einer demokratischen Gesellschaft zu leben, ist ...					In einer Gesellschaft mit pluralistischem Parteiensystem zu leben, ist ...				
	sehr wichtig	wichtig	in mittl. Maße wichtig	weniger wichtig	unwichtig	sehr wichtig	wichtig	in mittl. Maße wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Insgesamt	15	50	26	6	2	10	35	29	15	9
Geschlecht										
Männer	16	49	26	6	3	11	37	30	13	7
Frauen	14	51	26	6	2	9	33	28	16	11
Altersgruppen										
unter 25 Jahre	20	48	19	6	5	17	41	23	11	6
25-39 Jahre	16	48	28	6	2	11	38	34	9	7
40-49 Jahre	12	52	27	5	4	10	31	27	18	7
50-59 Jahre	12	51	26	7	3	12	26	26	19	13
60 Jahre u. älter	15	51	26	8	1	3	37	29	17	12
Qualifikation										
ohne Abschluß	17	50	24	7	2	10	27	31	14	15
Facharbeiter/Meister	12	49	28	7	3	9	35	30	16	9
Fach(hoch)schule	22	51	21	5	1	11	41	29	12	5
Hochschule	19	54	20	6	-	16	42	23	14	4

Datenbasis: sfz/leben '99.

Ebenso dürfte eine gewisse Desillusionierung und Enttäuschung über die Leistungsfähigkeit des Parteiensystems bei der Lösung wichtiger, in Ostdeutschland anstehender Fragen Einfluß auf den Rückgang haben. Im Vergleich zum erheblichen Bedeutungsverlust von 1990 zu 1991 veränderten sich die Bewertungen in den folgenden Jahren nur geringfügig. Seit 1994 kann von einer gewissen Stabilität in den Bewertungen ausgegangen werden. In den beiden letzten Jahren verzeichnete dieser Aspekt sogar leichte Bedeutungsgewinne. Fast jeder zweite Befragte sah das pluralistische Parteiensystem als 'sehr wichtig' oder 'wichtig' an, während es lediglich jeder zehnte als 'unwichtig' beurteilte.

Die Bewertungsunterschiede zwischen Männern und Frauen sowie nach der beruflichen Qualifikation entsprechen den bereits dargestellten Mustern für die Bedeutung einer demokratischen Gesellschaft. Männer, Jugendliche und Höherqualifizierte messen einem pluralistischen Parteiensystem stärkeres Gewicht bei. Die höhere Wertschätzung von Demokratie und einem Mehrparteiensystem bei Jugendlichen könnte u.a. mit der veränderten Sozialisation und Vermittlung entsprechenden Wissens im Rahmen schulischer Bildung zusammenhängen, da diese Altersgruppe bereits einen großen Teil ihrer Schulzeit im neuen System absolviert hat.

Besonders Höherqualifizierte, die sich, wie auch andere Daten zeigen, grundsätzlich durch ein überdurchschnittliches gesellschaftliches Engagement auszeichnen, schätzen

in stärkerem Maße die Wirkung miteinander konkurrierender Parteien auf die politische Willensbildung und deren Rolle als Vermittler von Interessen.

3.2 Bewertung des politischen Systems

Die breite Akzeptanz demokratischer Grundwerte durch die Ostdeutschen muß nicht automatisch eine entsprechende positive Bewertung des gegenwärtigen politischen Systems der Bundesrepublik nach sich ziehen. Deshalb sollen entsprechende Aspekte näher untersucht werden.

Generell läßt sich feststellen, daß die materiellen Lebensbedingungen der Ostdeutschen deutliche Verbesserungen aufweisen (vgl. Zapf/Habich 1999, S. 298). Positiv fällt ebenfalls eine Gesamtbilanz des Lebens der Befragten in der Bundesrepublik im Vergleich zu DDR-Zeiten aus. Nach den Ergebnissen der Untersuchung „leben ‘99“ vertritt fast jeder zweite Ostdeutsche (48%) die Position, daß das Leben insgesamt jetzt besser ist, und nur noch gut jeder zehnte Befragte meint, daß es gegenwärtig für ihn schlechter sei. Die Einschätzungen globaler Systemvergleiche reflektieren, daß die Ostdeutschen die positiven Veränderungen des Systemwechsels deutlich honorieren (vgl. Priller 1997b, S. 292f.). Allerdings werden die positive Wohlfahrtsentwicklung eher dem Markt und die Belastungen und Verluste eher der Politik zugeschrieben (vgl. Zapf/Habich 1999, S. 299).

Eine kritische Einstellung zum politischen System kommt unter dem letzten Gesichtspunkt in der Einschätzung des politischen Klimas zum Ausdruck (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wahrnehmung des politischen Klimas in der heutigen Bundesrepublik und zu DDR-Zeiten im Vergleich 1997-1999 - neue Bundesländer (in Prozent)

Fühle mich im politischen Klima der heutigen Bundesrepublik ...				Fühle mich heute im Vergleich zu DDR-Zeiten in bezug auf das politische Klima ...			
	1997	1998	1999		1997	1998	1999
sehr wohl	2	1	1	heute wohler	21	21	22
ziemlich wohl	26	26	36	gleich wohl	18	19	22
sehr unwohl	48	54	42	gleich unwohl	25	25	21
weiß nicht	8	7	11	weiß nicht	6	8	12

Datenbasis: sfz/leben '97-'99 (gew.).

Obwohl sich der Anteil der Befragten, die sich im politischen Klima der heutigen Bundesrepublik wohl fühlen, spürbar erhöht hat, äußert sich weiterhin mehr als jeder zweite unzufrieden. In Relation zur DDR-Zeit findet zwar jeder fünfte, daß eine Verbesserung im politischen Klima eingetreten ist. Ein gleich hoher Anteil äußert hingegen eine Verschlechterung seines Wohlbefindens.

Die Faktoren, die zu diesem für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht überschwänglich positiven Ergebnis führen, sind sicherlich vielfältig. Ein für den Ostdeutschen neuralgischer Punkt dürfte dabei das Gefühl der fehlenden gesellschaftlichen Selbstbestimmung sein. In diesem Sinne fallen jedenfalls die Antworten auf die Frage zum Maß der Bevormundung in der DDR und in der Gegenwart aus (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Einschätzung der Bevormundung der Bürger zu DDR-Zeiten und heute im Vergleich - neue Bundesländer (in Prozent)

	In DDR-Zeiten war man ...
weitgehend bevormundet	24
teils bevormundet/teils selbst verantwortlich	46
kaum bevormundet	15
nicht bevormundet	6
kann ich nicht beurteilen	10
	Im Vergleich zu heute war man zu DDR-Zeiten ...
mehr bevormundet	38
genauso bevormundet	31
weniger bevormundet	17
kann ich nicht beurteilen	14

Datenbasis: sfz/leben '99 (gew.).

Die Mehrheit der Befragten findet, daß der Bürger in der DDR weitgehend oder zumindest zum Teil bevormundet wurde (70%). Gleichzeitig meint nur etwas mehr als jeder dritte Befragte (38%), daß man in der DDR mehr gegängelt wurde. Wenn fast jeder zweite sich früher weniger oder heute genauso gegängelt fühlt, bringen diese Ergebnisse offenbar auch für die Gegenwart eine nicht ausreichende Einbeziehung in Entscheidungen zum Ausdruck.

Gerade für das Verhältnis der Bürger zum politischen System haben die von ihnen selbst wahrgenommenen Einfluß- und Veränderungsmöglichkeiten einen hohen Stellenwert. Dabei spielt eine Rolle, welche Formen der Einflußnahme als erfolgreich angesehen werden. Bei der Frage, in welchem Maße mit ausgewählten Aktivitäten gesellschaftlicher Einfluß auszuüben ist, wurde nach den Veränderungschancen durch Wahlen, Streiks und Demonstrationen gefragt (vgl. Tabelle 4).

Die höchste Veränderungswirksamkeit erwarten die Ostdeutschen von Wahlen. Besonders unter dem Eindruck des 1998 erfolgten Regierungswechsels haben sich die Erwartungen in dieser Hinsicht weiter verstärkt. Allerdings scheint sich dieser Effekt bereits 1999 wieder abzuschwächen. Eine gleichermaßen hohe und weiter gestiegene Veränderungswirkung erwartet man von Streiks. Der Stellenwert von Demonstrationen wird ebenfalls relativ hoch eingeschätzt. Zugleich vermitteln die beachtlichen Anteile,

die von einer geringen Einflußkraft ausgehen, daß ein großer Teil der Ostdeutschen nur beschränkte Gestaltungsmöglichkeiten für die Gesellschaft sieht.

Tabelle 4: Bewertungen der Wirksamkeit von demokratischen Aktivitäten 1997-1999
- neue Bundesländer (in Prozent)

Veränderungen durch folgende Mittel ¹⁾ ...	sehr viel/ ja, ganz sicher			viel/ eher ja			wenig/ eher nein			praktisch nichts/ nein, ganz sicher nicht		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Wahlen	11	31	21	28	38	38	45	22	30	14	6
Streiks	8	20	15	38	40	42	36	28	34	13	10	9
Demonstrationen	5	15	10	26	32	34	46	38	43	20	13	12

1) Für 1997 und 1998 lauteten die Antwortvorgaben: sehr viel, viel, wenig, praktisch nichts.
Für 1999 wurde gefragt: ja, ganz sicher; eher ja; eher nein; nein, ganz sicher nicht.
Auf den Nachweis des geringen Anteils der Befragten, die keine Antwort gaben, wird verzichtet.

Datenbasis: sfz/leben '97-'99 (gew.).

Dieses Bild ist für die einzelnen Formen demokratischer Aktivität recht einheitlich. Jeweils fast jeder zweite Befragte gab den einzelnen Aktivitätsformen nur wenig oder keine Chancen für gesellschaftliche Veränderungen.

Insgesamt dürfen die positiven Bewertungen bestimmter Seiten des politischen Lebens in der DDR keineswegs nur als ideologisch begründet verstanden werden. Sie sind auch als Wertungen praktischer Erfahrungen durch die Befragten ernstzunehmen. Entsprechende Akzeptanz sollten ebenfalls die Eindrücke zum gegenwärtigen System finden. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der gegenwärtigen Gesellschaft erfahren durchaus eine skeptische Bewertung und bringen zugleich ein hohes Anspruchsniveau zum Ausdruck. In dieser Hinsicht wird nur von jedem zweiten Befragten die Position vertreten, daß es für die Demokratie ausreicht, alle vier bis fünf Jahre wählen zu gehen. Die andere Hälfte der Bürger sieht weitere Möglichkeiten der Einflußnahme als notwendig an. Dabei erhalten Volksentscheide (50%), Unterschriftensammlungen (30%) und Runde Tische (21%) als Formen einer direkten Beteiligung an Entscheidungen relativ starken Zuspruch.

Die Ursachen für die distanzierte Haltung, die ein beachtlicher Teil der Ostdeutschen gegenüber dem gegenwärtigen politischen System einnimmt, sind u.a. in der westdeutschen Dominanz in der Politik und in der geringen Einflußnahme auf politische Entscheidungen zu suchen. Dazu trägt bei, daß die Geltung ostdeutscher Politiker auf der Bundesebene nur als gering angesehen und ihnen praktisch keine Durchsetzungskraft zur Wahrnehmung der besonderen ostdeutschen Interessen zugetraut wird. Zu berücksichtigen ist zugleich, daß auf der Landesebene und auf den noch weiter unten angeordneten Politikebenen zudem häufig auf sogenannte 'Westimporte' zurückgegriffen wurde (vgl. Bürklin 1996), von denen oft eine ostdeutsche Interessenpolitik nicht erwartet

wird. Eine Rolle spielt außerdem, daß bestimmte, für sinnvoll angesehene Regelungen aus der DDR-Zeit, die zeitgemäß und international gesehen durchaus nicht einmalig waren, im Anpassungsprozeß an die Bundesrepublik keine Chance auf Bestand hatten. Regelungen wie der zeitlich befristete Schwangerschaftsabbruch, die Organisation des Gesundheitswesens oder eine auf Genossenschaften setzende Landwirtschaftspolitik wurden geändert, obwohl sie weitgehend von der ostdeutschen Bevölkerung akzeptiert wurden. Mit Sarkasmus nehmen deshalb viele Ostdeutsche wahr, daß sich die Übernahme von DDR-Regelungen auf den „grünen Pfeil“ für Rechtsabbieger im Straßenverkehr und auf die Eule als Markierungszeichen für Naturschutzgebiete beschränkt.

Diese stark auf eine „Ost-West-Konfliktschiene“ gelegte Begründung, die von einem „Überstülpen des westdeutschen Institutionengefüges“ auf die neuen Bundesländer ausgeht, reicht mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Vereinigung als Erklärung für die verbleibende und ansteigende Systemdistanz nicht mehr aus. Offenbar ist es den Ostdeutschen selbst nicht genügend gelungen, politisch gestalterisch wirksam zu werden und auf die Verhältnisse entsprechend ihren Ansprüchen einzuwirken. Da Politik nicht nur auf der Bundesebene, sondern ebenso auf Landes- und Kommunalebene gemacht wird, müssen sich die Ostdeutschen die Verantwortung für eine nur „mittelmäßige“ Zufriedenheit mit dem System und kritische Einschätzungen zumindest zum Teil selbst zuschreiben. Der resignative Rückzug in den „Schmollwinkel“ und die Privatsphäre, wie er bereits für DDR-Zeiten mit dem Merkmal einer „Nischengesellschaft“ beschrieben wurde, dürfte die weitere Demokratieentwicklung eher behindern.

3.3 Zufriedenheit mit der Demokratie und Erwartungen zur künftigen Entwicklung

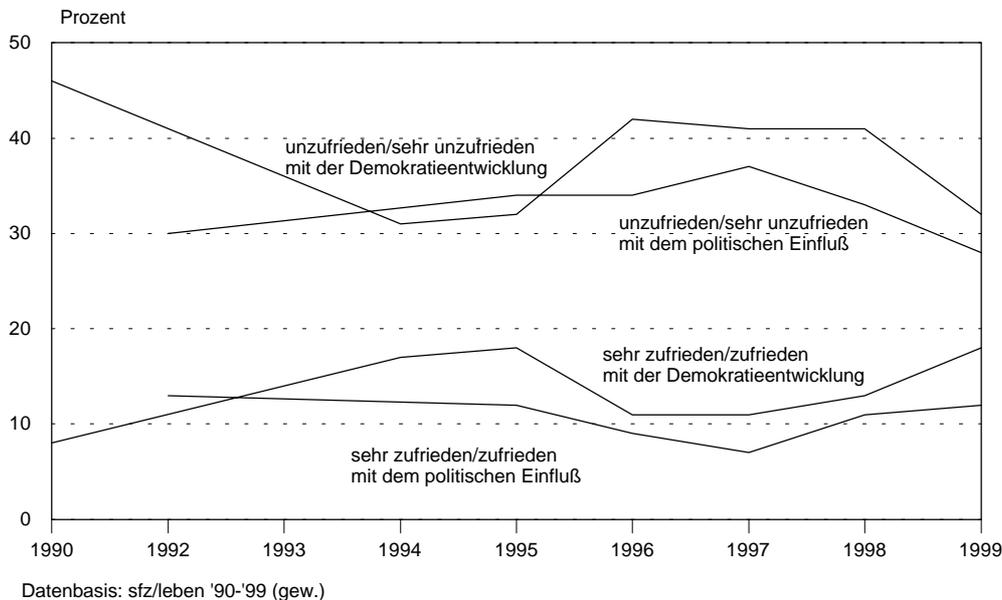
In den neuen Bundesländern war bislang eine deutliche Bewertungsdiskrepanz in dreierlei Hinsicht vorhanden: zwischen den allgemeinen Erwartungen an Demokratie als Grundprinzip, den Bewertungen der erlebten Realität und der Zufriedenheit mit der praktisch erlebten Demokratie. Allgemein, so zeigen die bisherigen Daten, stand einer positiven Einstellung zu den allgemeinen Prinzipien der Demokratie eine kritische Haltung und verbreitete Unzufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren des politischen Systems gegenüber.

Von besonderem Interesse ist es, inwiefern hier in den letzten Jahren Veränderungen festzustellen sind. Eine Beantwortung dieser Fragen soll mit Indikatoren zur Zufriedenheit mit dem persönlichen politischen Einfluß, zur Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung allgemein, den Einschätzungen zu den Möglichkeiten der Einflußnahme auf verschiedene Gesellschaftsbereiche und den Erwartungen an die demokratische Entwicklung vorgenommen werden.

Da eine funktionierende Demokratie wesentlich von der Einbeziehung und der aktiven politischen Betätigung der Bürger lebt, sind deren Bewertungen zu ihrem politischen Einfluß besonders bedeutsam. Bei den Antworten auf diese Fragestellung ist zu erwarten, daß vor allem der aktuellen Situation und den Erfahrungen nach der Wende ein hoher Stellenwert in den Urteilen zukommt.

Zuerst ist festzustellen: Die Zufriedenheit mit dem politischen Einfluß ist bei den Ostdeutschen weiterhin gering. Sie ist aber in den letzten Jahren deutlich angestiegen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung 1990-1999 und dem politischen Einfluß 1992-1999 - neue Bundesländer



Der Anteil der mit ihrem politischen Einfluß Zufriedenen hat sich von sieben Prozent 1997 auf zwölf Prozent 1999 fast verdoppelt. Der Anteil der Unzufriedenen ist im gleichen Zeitraum von 37 Prozent auf 28 Prozent zurückgegangen. Dennoch überwiegt trotz dieser beträchtlichen Veränderung weiterhin der Anteil der kritischen Einschätzungen. Die geringe Zufriedenheit bringt zum Ausdruck, daß trotz der positiven Tendenz eine gewisse Distanz eines beträchtlichen Teils der Ostdeutschen zum gegenwärtigen politischen System offenbar unter dem Eindruck der eigenen politischen Wirkungslosigkeit entstanden ist. Wie die Ergebnisse für die letzten Jahre zeigen, kann bereits die Durchführung von Wahlen und somit eine stärkere direkte Einflußnahme diesen Eindruck von Einflußlosigkeit spürbar verändern.

Weiterhin ist festzuhalten: Die Position der Ostdeutschen zur Demokratieentwicklung weist seit 1990 beachtliche Schwankungen auf. Nach einem Anstieg der Zufriedenheit unmittelbar nach 1990, verringerte sich der Anteil der Zufriedenen nach 1995 beträchtlich und der Anteil der Unzufriedenen stieg 1996 bis auf 42 Prozent an (vgl. Abbildung 2). Seit 1998 zeigt sich eine gewisse Trendwende, da der Anteil der mit der Demokratieentwicklung zufriedenen Befragten erneut ansteigt.

Der in den Jahren nach 1995 wahrgenommene Abwärtstrend in der Demokratiezufriedenheit und die gestiegene Besorgnis über die Demokratieentwicklung haben sich somit in den letzten Jahren nicht fortgesetzt. Einen wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung dürften die Bundestagswahlen von 1998 und die in deren Ergebnis eingetretenen Veränderungen haben. Der bislang von den Ostdeutschen in der

Bundesrepublik nur als eine mögliche Option wahrgenommene Regierungswechsel wurde praktisch erfahren und durch die eigene Wahlentscheidung mit herbeigeführt. Offensichtlich hat dieses Erleben praktischer Demokratie einen positiven Einfluß auf die Demokratiezufriedenheit ausgeübt.

Diese Entwicklung darf allerdings nicht überbewertet werden, denn der Anteil der mit der Demokratieentwicklung Zufriedenen hat 1999 mit 18 Prozent lediglich den Wert von 1995 erreicht. Außerdem bleibt festzuhalten: Das 1999 vorhandene Unzufriedenheitspotential schließt mit einem Anteil von 32 Prozent weiterhin jeden dritten Ostdeutschen ein. Die Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung nach der sozialstrukturellen Differenzierung weist einheitlich einen verschwindend geringen Anteil von hochzufriedenen Bürgern aus (vgl. Tabelle 5). Die Anteile jener, die mit der Demokratieentwicklung zufrieden sind, differieren hingegen stärker zwischen den Gruppen.

Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung 1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	sehr zufrieden	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden	sehr unzufrieden
Insgesamt	1	18	47	25	7
Geschlecht					
Männer	1	20	44	26	8
Frauen	-	16	50	23	6
Altersgruppen					
unter 25 Jahren	-	21	43	20	12
25-39 Jahre	1	20	48	25	5
40-49 Jahre	1	13	47	29	8
50-59 Jahre	-	12	44	34	7
60 Jahre u. älter	1	21	49	19	6
Qualifikation					
ohne Abschluß	1	32	43	16	5
Facharbeiter/Meister	1	15	48	27	7
Fach(hoch)schule	-	19	47	24	7
Hochschule	1	6	49	33	11

Datenbasis: sfz/leben '99 (gew.).

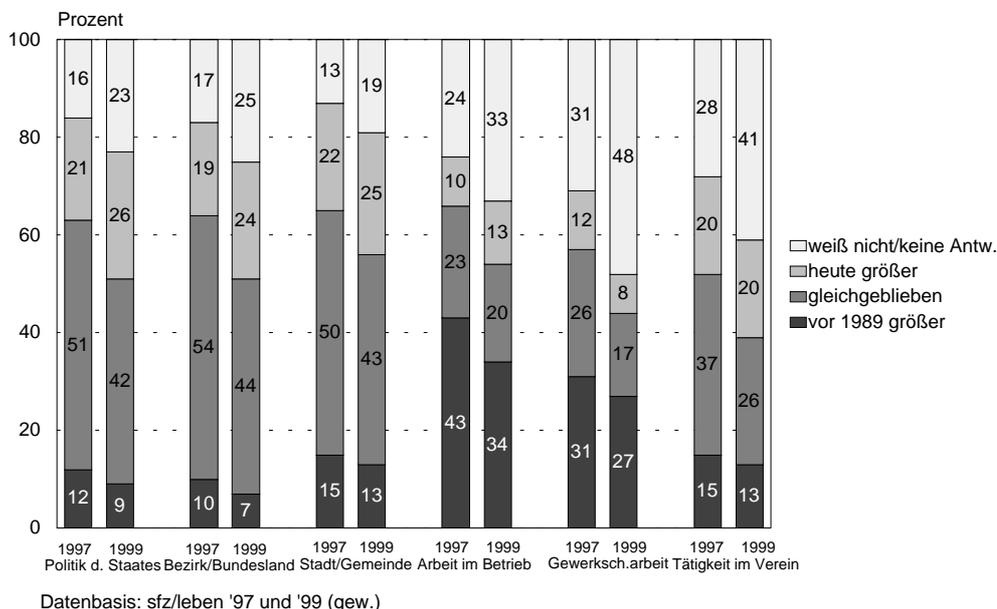
Männer und Frauen vermitteln zwar insgesamt eine recht einheitliche Position zur Zufriedenheit mit der Demokratieentwicklung, indessen ist die Haltung bei den Männern im Vergleich zu den Frauen stärker polarisiert - sie haben sowohl höhere Anteile bei den Zufriedenen als auch bei den Unzufriedenen. Eine gewisse Differenzierung läßt sich ebenfalls nach Altersgruppen feststellen. Zu den großen Veränderungen zählt, daß bei Personen über 60 Jahre und unter 40 Jahren der Anteil der Zufriedenen beachtlich angestiegen ist. Die Anteile mit der geringsten Zufriedenheit und höchsten Unzufriedenheit sind in den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren zu finden. Es fällt auf, daß nach den Älteren die Gruppe der Jugendlichen bis unter 25 Jahre die Demokratieentwicklung

am positivsten bewertet und daß eine eher negative Bewertung in den Altersgruppen erfolgt, die den Hauptteil der Erwerbstätigen ausmachen.

Während sich bis 1997 der Anteil Zufriedener in den einzelnen Qualifikationsgruppen nicht unterscheidet, finden wir 1999 Differenzierungen, in denen die besonders kritischen Wertungen bei Personen mit Hochschulabschluß auffallen. Fast jeder zweite ist in dieser Gruppe weiterhin mit der Demokratieentwicklung unzufrieden, und der Anteil der Zufriedenen ist unter zehn Prozent gefallen. An dem allgemeinen Aufwärtstrend in der Bewertung der Demokratieentwicklung haben die Hochqualifizierten damit so gut wie keinen Anteil. Das deutet darauf hin, daß bei dieser Gruppe nicht nur enttäuschte Ideale und Erwartungen besonderen Einfluß auf die Bewertungen haben, sondern daß selbst die jüngsten Erfahrungen die kritischen Bewertungen kaum zum Positiven hin beeinflussen.

Als ein Ursachenkomplex für den allgemeinen Anstieg der Demokratiezufriedenheit können die Veränderungen der Einflußmöglichkeiten auf verschiedene Gesellschaftsbereiche vor und nach der Wende eine Rolle spielen. Die seit 1995 ermittelten Einschätzungen der persönlichen Einflußnahme wiesen bis 1997 eine hohe Stabilität auf. Der Vergleich der Werte von 1997 und 1999 (vgl. Abbildung 3) zeigt hingegen deutliche Verschiebungen. In diesem Zusammenhang ist zuerst auf den beachtlichen Anstieg jener Antworten hinzuweisen, die kein Urteil zur Einschätzung des persönlichen Einflusses abgeben. Im Bereich der Gewerkschaftsarbeit und der Vereinstätigkeit trifft dies für fast jeden zweiten Befragten zu.

Abbildung 3: Einschätzung der persönlichen Einflußnahme auf Gesellschaftsbereiche 1997 und 1999
- neue Bundesländer -



Neben dem zunehmenden Anteil von Befragten, die die DDR-Realität nicht in einem entsprechenden Erwachsenenalter erlebt haben und deshalb kein Urteil abgeben können,

spielen gleichzeitig fehlende Erfahrungen in einzelnen Bereichen in der Gegenwart eine Rolle (z.B. Gewerkschafts- oder Vereinsarbeit).

Hervorzuheben sind folgende Ergebnisse: Einschätzungen zur Veränderung persönlicher Einflußmöglichkeiten auf einzelne Gesellschaftsbereiche zeigen, daß sich 1999 der Anteil jener Befragten, die meinten, der Einfluß auf die Politik des Staates, des Bezirkes bzw. des Landes, der Stadt oder Gemeinde habe sich gegenüber der Zeit vor 1989 nicht verändert, deutlich zurückgegangen ist. Noch 1997 vertrat jeder zweite Befragte diese Position. Die Anteile jener, die einschätzten, daß gegenwärtig größere Einflußmöglichkeiten auf diesen drei Gebieten bestehen, sind angestiegen, so daß 1999 jeder vierte Ostdeutsche diese Position vertritt. 1997 traf dies lediglich für jeden fünften Ostdeutschen zu. Nur ein geringer Anteil war der Ansicht, daß sein persönlicher Einfluß in den politischen Bereichen vor 1989 höher war - bei der Politik des Staates äußerten sich nur noch neun Prozent und bei der Politik des Bezirkes bzw. Bundeslandes sieben Prozent in dieser Richtung.

Für die Bereiche „Stadt/Gemeinde“ und „Vereinstätigkeit“ waren diese Anteile mit 13 Prozent nur wenig größer. Von deutlich mehr Befragten wird hingegen - trotz ebenfalls rückläufiger Tendenz - der „Einfluß in der Arbeitssphäre“ (34%) und „in der Gewerkschaftsarbeit“ (27%) vor 1989 höher bewertet. In diesem Komplex meint nur noch jeder fünfte, daß der Einfluß gleichgeblieben und jeder zehnte, daß er heute größer ist. Offensichtlich reflektieren diese Bewertungen sowohl die in der DDR vorhandene Verlagerung von Diskussionen zu politischen Fragen in die Arbeitssphäre als auch eine stärkere Einbindung der Beschäftigten in die Belange der Betriebe und Einrichtungen (vgl. Roesler 1997). Dies wurde bekanntlich durch verschiedene, häufig zwar nur formal gehandhabte Formen der Beteiligung erreicht. Ähnliches traf für die gewerkschaftliche Arbeit zu, die auf betrieblicher Ebene organisiert und durchgeführt wurde.

Daß weiterhin nur eine Minderheit im gesamten Spektrum der erfaßten Bereiche von einer gegenwärtig größeren Einflußmöglichkeit ausgeht, muß als kritisches Signal gewertet werden. Es haben sich offenbar für die Ostdeutschen bestimmte Erwartungen an eine bürgernahe Politik und zugleich an eine wirkungsvolle betriebliche Mitbestimmung nicht erfüllt.

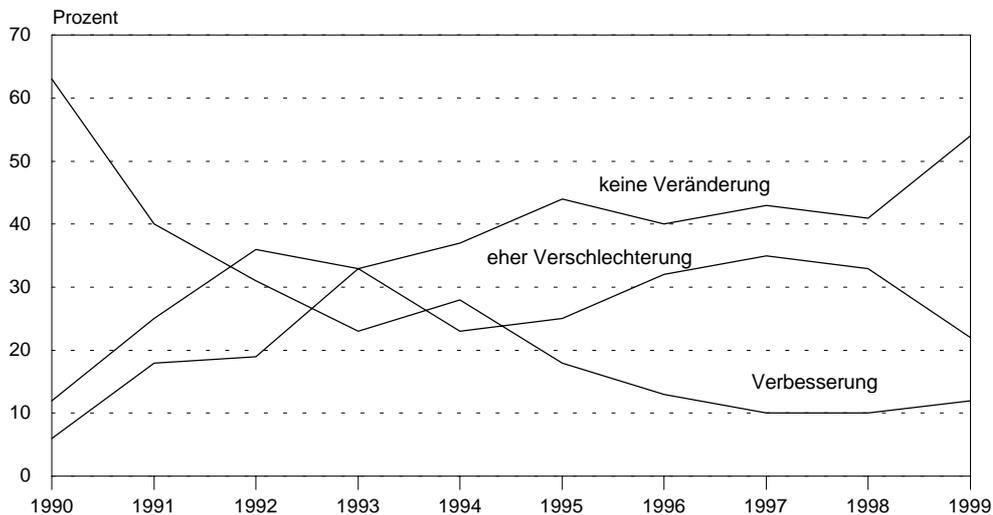
Die kritischen Bewertungen zur Demokratie gehen folglich weniger von einem noch aus DDR-Zeiten bestehenden Demokratiedefizit und einem daraus resultierenden Nachholbedarf hervor, sondern dürften eher in gegenwärtigen wahrgenommenen Defiziten begründet liegen. In diesem Kontext stellt sich folgende Frage: Wenn die Ostdeutschen die bisherige Demokratieentwicklung und ihren politischen Einfluß recht skeptisch und kritisch bewerten, wie sehen sie dann die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich?

In den Antworten auf die seit 1990 gestellte Frage, ob künftig eine Verbesserung, eine Verschlechterung oder keine Veränderung in den Bedingungen für die Demokratie erwartet wird, setzte sich die bis 1997 wahrgenommene Zunahme eher pessimistischer Erwartungshaltungen nicht weiter fort (vgl. Abbildung 4).

Allerdings beschränkt sich dies auf einen deutlichen Rückgang des Anteils der Befragten, die eine Verschlechterung der Demokratieentwicklung erwarten. Der Anteil von Ostdeutschen, die künftig mit einer Verbesserung rechnen, bleibt konstant auf einem niedrigen Niveau. So äußerte 1999 lediglich etwas mehr als jeder zehnte Ostdeut-

sche Optimismus hinsichtlich einer Verbesserung der Bedingungen für die Demokratie. Der Anteil mit negativen Erwartungen bleibt hingegen mit 22 Prozent doppelt so hoch.

Abbildung 4: Erwartungen in demokratische Entwicklung 1990-1999 - neue Bundesländer



Datenbasis: sfz/leben '90-'99 (gew.)

Die kritischen Einstellungen und Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung zur gegenwärtigen Demokratie und zu den Erwartungen in deren künftige Entwicklung zeigen die weiterhin bestehende hohe Sensibilität für diesen Bereich. Im Vergleich zu den durch die dramatischen Ereignisse gekennzeichneten Jahren 1989/90 hat die Politisierung der Gesellschaft zwar nachgelassen, sie ist aber offenbar immer noch in beachtlichem Maße vorhanden und führt zu ernstzunehmenden kritischen Einschätzungen und Wertungen. Besonders die im Kontext von Wahlen (1994, 1998) erfolgte, zeitweilig stärkere Politisierung des gesellschaftlichen Lebens führt auch in Ostdeutschland zu Veränderungen, die Thesen von einer resignativen Haltung der Ostdeutschen nicht bestätigen.

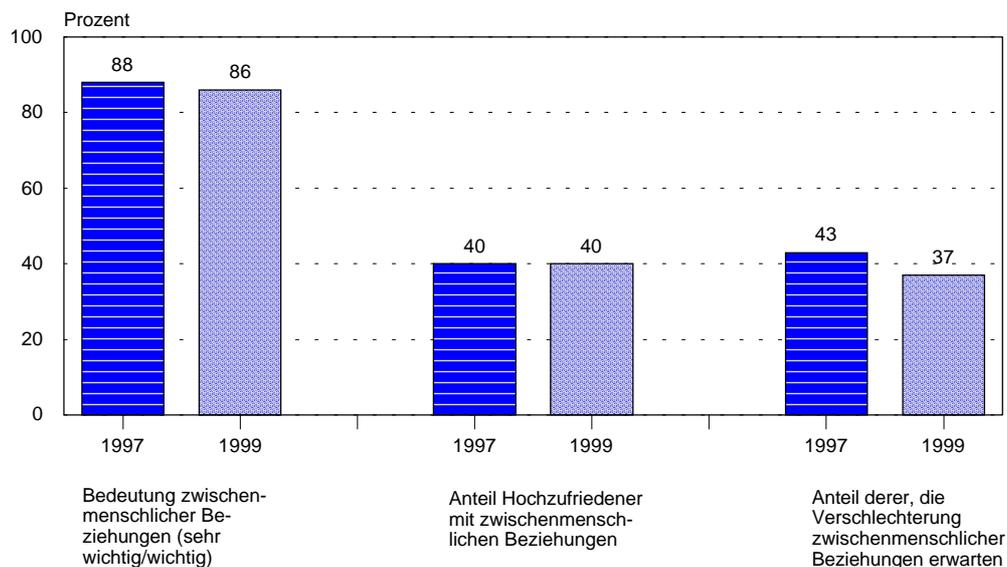
3.4 Gesellschaftliche Bindung und soziale Beziehungen

Bei den Ursachen für die Unzufriedenheiten der Ostdeutschen im Bereich von Demokratie und Partizipation spielen Gegensätze zwischen den Vorstellungen von der Gesellschaft und den in ihr vorgefundenen realen Strukturen und Mechanismen eine besondere Rolle. Eine Reihe von Untersuchungen hat eine starke Ausrichtung der Ostdeutschen auf Werte wie Gemeinschaft, Gleichheit und Gerechtigkeit sowie die Präferenzierung von Konsens anstelle von Auseinandersetzung festgestellt (vgl. Priller 1997b, S. 304f.). Mit einer Präferenz dieser Orientierungen dürften die Bürger in den neuen Bundesländern häufig in Widerspruch zu den eher auf Interessenwahrnehmung und auf Konfliktaustragung ausgerichteten Institutionen geraten. In diesem Zusam-

menhang interessiert natürlich die Frage, ob die Wertekonstellationen der Ostdeutschen in diesem Spannungsfeld weiter stabil bleiben oder ob sie sich im Zeitverlauf den konstitutionellen Bedingungen anpassen.

Der hohe Wert von Gemeinschaft zeigt sich bei den Ostdeutschen unter anderem an dem Stellenwert, den sie den zwischenmenschlichen Beziehungen beimessen. Immerhin gaben fast neun von zehn Ostdeutschen an, daß ihnen die entsprechenden Beziehungen 'sehr wichtig' oder 'wichtig' sind. Diese Einschätzungen haben sich von 1997 zu 1999 erstaunlich wenig verändert (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Zwischenmenschliche Beziehungen - Veränderung der Bedeutung, Zufriedenheit und Erwartung 1997 und 1999 - neue Bundesländer



Datenbasis: sfz/leben '97 und '99 (gew.)

Ebenso stabil, und damit ein wichtiges Indiz für die vorhandene Funktionsfähigkeit des sozialen Beziehungsgefüges, ist die hohe Zufriedenheit mit der Situation der zwischenmenschlichen Beziehungen (vgl. Tabelle 6). Jeweils 40 Prozent der Befragten waren 1997 und 1999 mit diesen hochzufrieden, lediglich 18 Prozent bzw. 17 Prozent waren mit diesen Beziehungen unzufrieden.

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß den zwischenmenschlichen Beziehungen nicht nur ein bedeutender Stellenwert beigemessen wird, sondern daß ihr Zustand eine positive Bewertung erfährt. Angesichts von Auffassungen, die von einem Auseinanderbrechen und einer Verschlechterung der sozialen Beziehungen in den neuen Bundesländern ausgehen, weist dieses Ergebnis eher auf eine beachtliche Stabilität der ostdeutschen Teilgesellschaft hin.

Dabei ist es bemerkenswert, daß das gewisse Beharrungsvermögen sich nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt und auch die jüngeren Jahrgänge diese Bewertungen teilen. Jüngere messen den zwischenmenschlichen Beziehungen sogar einen etwas

höheren Stellenwert zu und haben den größten Optimismus zu deren Verbesserung. Insofern weist diese Ausrichtung nicht nur Stabilität hinsichtlich jener auf, die ihre Sozialisation in der DDR erfahren haben, sondern sie überträgt sich offenbar auf die nachwachsende Generation.

Tabelle 6: Zwischenmenschliche Beziehungen - Bedeutung, Zufriedenheit, Erwartung nach sozialstrukturellen Merkmalen 1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen		Zufriedenheit mit zwischenmenschlichen Beziehungen		Erwartung an Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen	
	sehr wichtig	wichtig	hochzufrieden ¹⁾	unzufrieden ²⁾	Verbesserung	Verschlechterung
Insgesamt	32	54	40	17	9	37
Geschlecht						
Männer	28	57	39	18	7	38
Frauen	36	51	41	17	10	36
Altersgruppen						
unter 25 Jahren	37	47	40	15	15	29
25-39 Jahre	30	53	41	16	11	32
40-49 Jahre	31	54	34	21	8	39
50-59 Jahre	32	56	39	21	5	46
60 Jahre u. älter	34	56	44	15	6	40
Qualifikation						
ohne Abschluß	30	57	43	13	9	36
Facharbeiter/Meister	30	54	37	14	9	36
Fach(hoch)schule	39	53	40	18	9	41
Hochschule	41	50	32	24	7	47

1) Antwortkategorien: „sehr zufrieden“ und „zufrieden“

2) Antwortkategorien: „unzufrieden“ und „sehr unzufrieden“

Datenbasis: sfz/leben '99 (gew.).

Die Erwartungen in die weitere Entwicklung gestalteten sich hingegen nicht so optimistisch, da in breitem Umfang eine Verschlechterung erwartet wird. Künftig werden nur von einem kleinen Teil der Befragten Verbesserungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen erwartet (9%), mehr als jeder dritte (37%) rechnet mit Verschlechterungen. Besonders starke Verschlechterungen befürchten die über 50jährigen und die Hochqualifizierten. Allerdings ist der Anteil jener, die eine Verschlechterung erwarten, in den letzten Jahren von 43 Prozent auf 37 Prozent zurückgegangen und der Anteil der Befragten, die eine Verbesserung voraussehen, von sechs auf neun Prozent angestiegen.

Ein gewisses Spannungsverhältnis der Ostdeutschen zur Gesellschaft äußert sich, wenn man das Institutionenvertrauen als weitere Komponente gesellschaftlicher Bindungen und von Systemzufriedenheit betrachtet. Die Einstellungen der ostdeutschen

Bevölkerung zur Regierung, zu exekutiven Organen und weiteren Institutionen der Gesellschaft bringen zum Ausdruck, wie deren Tätigkeit bewertet wird. Von hoher Bedeutsamkeit dürfte sein, inwiefern diesen Institutionen zugetraut wird, die Interessen der Ostdeutschen zu vertreten. Im Hintergrund steht stets auch, welche Aufgaben den einzelnen Institutionen zugeordnet und wie diese nach Einschätzung der Befragten den daraus resultierenden Ansprüchen gerecht werden.

Insgesamt ist das Vertrauen der Ostdeutschen in die betrachteten gesellschaftlichen Institutionen eher gering (vgl. Tabelle 7). So ist der Anteil jener, die 'kein' oder nur 'sehr wenig Vertrauen' haben, bei allen Institutionen größer als der Anteil jener mit mehr als nur 'etwas Vertrauen', und nur auf der Gemeindeebene ist er gleich groß.

Tabelle 7: Vertrauen in Institutionen 1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	volles	viel	etwas	sehr wenig	überhaupt kein	weiß nicht/ keine Angabe
	Vertrauen					
Bundesregierung	2	11	41	35	8	3
Landesregierung	6	18	43	24	6	3
Verwaltung Stadt/Gemeinde	6	20	46	20	6	3
Polizei	4	25	46	16	6	4
Gerichte	3	18	39	21	7	12
Gauck-Behörde	2	9	21	19	18	32
Religiöse Organisationen	2	9	16	13	29	31

Datenbasis: sfz/leben '99 (gew.).

Das stärkste Vertrauen hatten die Ostdeutschen 1999 zu der Polizei, den Stadt- bzw. den Gemeindeverwaltungen und den Landesregierungen. Fast jeder dritte Befragte bekundete 'volles' oder 'viel Vertrauen' zur Polizei, jeder vierte in die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung. Gleichzeitig hatte jeder vierte in diese Institutionen 'sehr wenig' oder 'überhaupt kein Vertrauen'. Nach den religiösen Organisationen und der Gauck-Behörde genießt die Bundesregierung das geringste Vertrauen und steht bei den Bürgern weiterhin nicht hoch im Kurs.

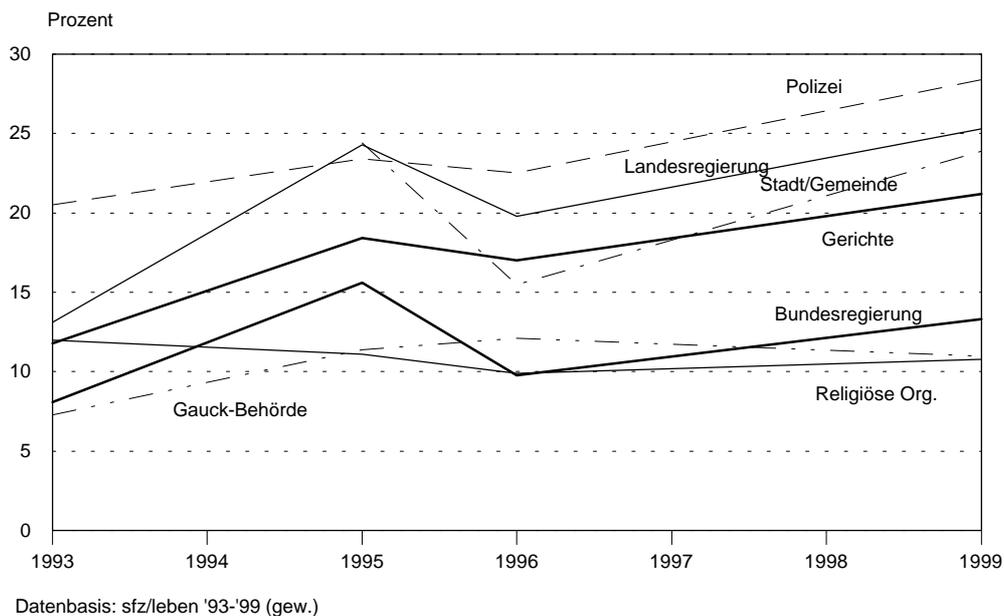
Das Vertrauen zu den meisten Institutionen hat sich nach den Angaben zu verschiedenen Meßzeitpunkten seit 1993 deutlich erhöht (vgl. Abbildung 6).

Besonders gestiegen ist das Vertrauen in die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, die Polizei und die Gerichte. Die Werte für die Bundes- und Landesregierungen schwanken in Abhängigkeit von den Wahlen. Die Einschätzungen zur Gauck-Behörde und zu religiösen Organisationen bewegen sich über die Zeit auf etwa gleichem Niveau.

Oft wird den Ostdeutschen eine tief verinnerlichte Institutionenskepsis zugeschrieben, die mit der Überpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in der DDR

begründet wird. Die nur schwache gesellschaftliche Verankerung der untersuchten Institutionen wurde durch den Institutionentransfer im Einigungsprozeß weiter verstärkt. Unter den hohen, an das neue System gestellten Erwartungen und dem Eindruck nicht eingelöster Versprechungen setzt sich diese Haltung in den letzten Jahren zwar deutlich weiter fort, erfährt aber gleichzeitig in bestimmten Bereichen eine Abschwächung.

Abbildung 6: Entwicklung des Institutionenvertrauens 1993-1999 - neue Bundesländer -
(Kategorien 'volles' und 'viel Vertrauen')



Neben der Untersuchung des Institutionenvertrauens vermitteln die Angaben zur Zufriedenheit mit der öffentlichen Verwaltung ein bestimmtes Maß an Systemperformanz. Der positive Trend in den Bewertungen zur Zufriedenheit mit der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung hat sich nach einer Stagnationsphase weiter fortgesetzt.

1999 gehörte jeder fünfte Bürger der neuen Bundesländer zu jener Gruppe, die mit der Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung zufrieden war. Der Anteil der Unzufriedenen fiel auf eben diesen Wert, so daß sich ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen beiden Gruppen einstellt.

4 Teilnahme am politischen Leben

4.1 Politisches Interesse

Ein wichtiges Ziel des Umbruchs und der Transformation in Ostdeutschland wurde durch die Konstituierung demokratischer Verhältnisse verwirklicht. Letztlich entstehen demokratische Verhältnisse nicht allein durch die Schaffung von entsprechenden institutionellen Bedingungen, sondern sie lassen sich nur durch eine starke Einbeziehung der Bürger in das politische Geschehen und die politische Willensbildung realisieren. Es ist deshalb wichtig zu untersuchen, wie die Ostdeutschen mit den gesellschaftlichen und politischen Institutionen zurechtkommen und in welchem Maße sie diese durch ihr eigenes Zutun ausfüllen und gestalten (vgl. Priller 1996, S. 296). Indikatoren zur Untersuchung der politischen Beteiligung sind das politische Interesse, die Einstellung zu und die Mitwirkung in Parteien, Verbänden und anderen Organisationen.

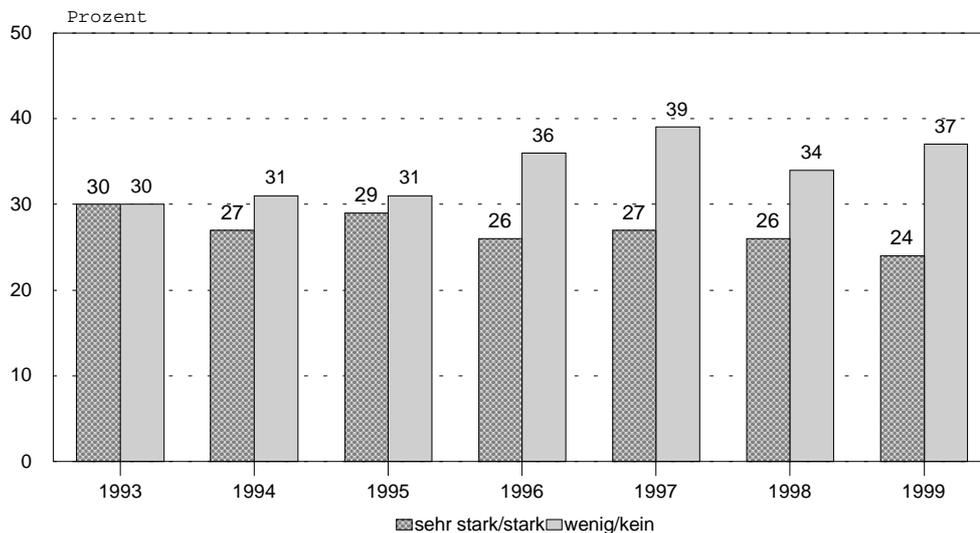
Das politische Interesse wird als wichtiger Gradmesser angesehen, ob die Bürger über diese Form der Motivation zur Beschaffung politischer Informationen am politischen Leben der Gesellschaft teilnehmen.

Der Umbruch und die nachfolgende Transformation der ostdeutschen Gesellschaft verliefen anfangs weitgehend politisch dominiert, und sie haben zugleich zu einer verstärkten Politisierung der Bevölkerung geführt. In der unmittelbaren Umbruchzeit 1989/90 hat es wohl kaum einen DDR-Bürger gegeben, der nicht die politische Entwicklung über die aktuelle Berichterstattung in den Medien verfolgte.

Das hohe Interesse am politischen Geschehen hat in den folgenden Jahren nicht angehalten, sondern ist deutlich zurückgegangen (vgl. Priller 1996, S. 299). Die an dieser Stelle betrachteten Angaben ab 1993 zeigen dies allerdings nur begrenzt (vgl. Abbildung 7).

Es wäre durchaus plausibel, wenn die Menschen aufgrund der unmittelbaren und tiefgreifenden Betroffenheit durch die gesellschaftlichen Veränderungen der Politik hohe Aufmerksamkeit entgegenbringen würden. Dies trifft indessen in dem Maße wie in den ersten Jahren nach der Wende nicht mehr zu. Dennoch ist weiterhin ein bedeutender Teil der Ostdeutschen politisch interessiert. Die Zunahme des Nichtwähleranteils, die Abnahme des Potentials gesellschaftlich engagierter Bürger und die Bedeutungsverluste bei einzelnen demokratischen Grundwerten reichen deshalb nicht aus, den Ostdeutschen generell eine Entfremdung von der Politik zu unterstellen (vgl. Misselwitz 1994). In der Debatte über den Anstieg der Politikverdrossenheit wird geflissentlich übersehen, daß es sich dabei eher um eine partielle Unzufriedenheit der Bürger mit einzelnen Aspekten des gegenwärtigen politischen Lebens handelt.

Abbildung 7: Entwicklung des politischen Interesses 1993-1999 - neue Bundesländer



Datenbasis: sfz/leben '93-'99 (gew.)

Der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung, deren politisches Interesse hoch ist, hat sich praktisch seit 1993 nur noch leicht verändert (vgl. Tabelle 8). Bedenklich ist dabei, daß Wahlen, die bei anderen von uns betrachteten Indikatoren eine mobilisierende Wirkung hatten, die politische Interessiertheit nicht sonderlich beeinflussen.

Den Ostdeutschen mit einem 'sehr starken' bzw. 'starken Interesse an Politik', 1999 ist das nur noch jeder vierte, steht ein größerer Anteil an Personen gegenüber, die sich nur wenig oder überhaupt nicht (mehr) für Politik interessieren.

Da ein ebenso großer Teil in mittlerem Maße politisch interessiert ist, kann nicht von einer generellen Politikverdrossenheit der Ostdeutschen die Rede sein. Dies trifft offenbar nur für einen bestimmten, allerdings wachsenden Kreis zu. Bekundeten 1995 lediglich sieben Prozent der Befragten ein völliges politisches Desinteresse, äußerten sich 1999 rund elf Prozent der Befragten in dieser Richtung. Andere Untersuchungen haben gezeigt, daß sich die Anteile der politisch Interessierten in Ost- und Westdeutschland angeglichen haben (vgl. Priller 1996, S. 298). Auch die in der Vergangenheit in beiden Landesteilen einheitlichen Muster unterschiedlicher Interessenausprägung bei Frauen und Männern sowie nach der beruflichen Qualifikation bestehen nach den jüngsten Ergebnissen weiterhin.

Tabelle 8: Interesse für Politik 1993-1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	1993		1994		1995		1996		1997		1998		1999	
	hoch	ge- ring												
Insgesamt	30	30	27	31	29	31	26	36	27	39	26	34	24	37
Geschlecht														
Männer	41	23	37	24	42	20	34	28	38	31	34	23	34	28
Frauen	21	35	18	36	20	39	18	44	17	46	18	44	14	44
Altersgruppen														
unter 25 J.	25	25	21	42	19	35	14	51	27	44	26	41	26	35
25-39 J.	24	32	23	30	21	38	27	35	24	42	25	32	18	37
40-49 J.	30	29	28	28	33	29	25	35	30	33	26	36	27	34
50-59 J.	33	33	27	29	30	25	30	27	35	24	33	25	29	30
60 J. u. älter	35	33	29	34	37	28	27	39	23	45	27	35	23	42
Qualifikation														
ohne Abschluß	13	53	16	49	14	50	11	57	13	58	15	53	15	58
Facharbeiter/ Meister	21	34	20	35	22	35	24	36	25	38	22	35	20	37
Fach(hoch)- schule	36	15	37	19	41	21	41	23	44	25	41	21	34	18
Hochschule	50	7	56	8	63	6	55	9	60	8	63	8	61	7

hoch = Kategorie „sehr starkes“ und „starkes“ Interesse für Politik; gering = Kategorie „wenig“ und „kein Interesse“ für Politik

Datenbasis: sfz/leben '93-'99.

Nur halb so viele Frauen wie Männer stehen der Politik aufgeschlossen gegenüber. Mit 61 Prozent bekundet 1999 mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen ein hohes politisches Interesse. In diesem Zusammenhang hat sich die These bestätigt, daß sich eine 'Politisierung der Sozialstruktur' in Ostdeutschland vor allem nach der Qualifikation vollzog. Für Personen ohne oder mit geringer Qualifikation hat Politik überwiegend keine oder nur geringe Bedeutung. Bei Hochqualifizierten ist hingegen ein überdurchschnittlich starkes politisches Interesse vorhanden.

4.2 Bereitschaft zur Mitarbeit und Mitgliedschaft in Organisationen

Für die Artikulierung und die Durchsetzung von Interessen bieten Organisationen dem Bürger einen wichtigen Rahmen.

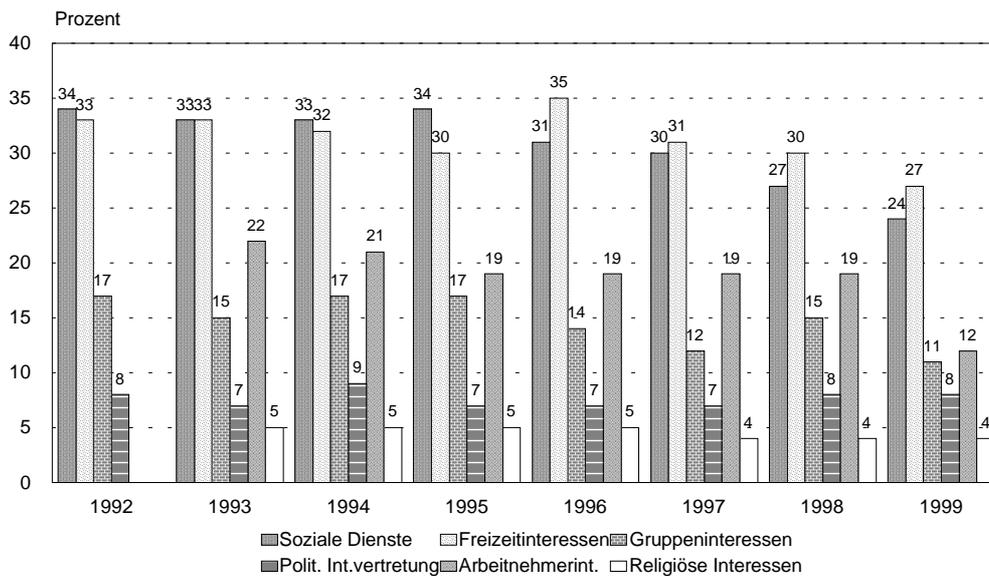
Die oft schlechten Erfahrungen mit der Mitgliedschaft in DDR-Organisationen, die für viele Ostdeutsche heute ein wesentliches Argument für die Zurückhaltung bei der Mitarbeit in Organisationen sind, müssen als Hintergrund für die Betrachtung der Situation nach 1990 Berücksichtigung finden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, daß sich gerade erst über das Vorhandensein und die Tätigkeit von unterschiedlichen Organisationen wichtige Mechanismen einer zivilen Gesellschaft entfalten können.

Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen hat sich hinsichtlich der Präferenzen für einzelne Bereiche von 1992 bis 1999 nicht grundlegend verändert (vgl. Abbildung 8). Der Rückgang der Mitarbeits-

bereitschaft in bestimmten Bereichen (Soziale Dienste, Freizeitinteressen, spezielle Gruppeninteressen, Arbeitnehmerinteressen) ist vor allem vor dem Hintergrund einer Zunahme der Mitarbeit in diesen Feldern nicht als dramatisch anzusehen, sondern bedeutet eher die praktische Realisierung von vorhandenen Absichten.

Wir konzentrieren uns in der folgenden Betrachtung zur Mitarbeitsbereitschaft auf die Kategorie der vollen Zustimmung und lassen die Möglichkeit der Antwortvorgabe 'eventuell' weitgehend außer Betracht.

Abbildung 8: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen 1992-1999 - neue Bundesländer



Datenbasis: sfz/leben '92-'99 (gew.)

Fast jeder vierte Ostdeutsche wäre bereit, in Organisationen mit sozialer Ausrichtung mitzuarbeiten. Das trifft in fast gleichem Maße für Freizeitorganisationen zu. Mit 16 Prozent weiterhin hoch und nicht auf Frauen beschränkt ist die Akzeptanz von Organisationen, die Fraueninteressen vertreten. Nur noch etwas mehr als jeder zehnte Befragte ist geneigt, in Organisationen zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen aktiv zu sein und jeder zehnte zur Wahrnehmung weiterer spezieller Gruppeninteressen (z.B. Mieterverein).

Deutlich geringer ist die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen und in Vereinigungen mit religiösen Zielstellungen. In diesen Organisationen möchte nur jeder fünfzehnte bzw. jeder zwanzigste Ostdeutsche mitarbeiten. Die nach der Wende festgestellte Tendenz, daß man in Ostdeutschland vor allem bereit ist, sich in der Gesellschaft für soziale Belange und weniger für politische Zielstellungen einzusetzen, hält zwar weiter an, schwächt sich in den letzten Jahren jedoch ab. Das könnte bedeuten, daß soziales Engagement auf Grund des besseren Funktionierens der vorhandenen Einrichtungen nicht mehr als erforderlich angesehen wird.

Das trotz des Rückgangs weiterhin starke Interesse für Freizeitorganisationen läßt auf den hohen Stellenwert dieses Bereichs für die Ostdeutschen schließen. Der Rückgang von Mitwirkungsbereitschaft kann mit dem verstärkten Vordringen kommerzieller Angebote in diesem Bereich bzw. mit der Zunahme von Mitgliedschaften verbunden sein. Die geringe Religionsbindung im Osten erklärt hingegen die begrenzte Bereitschaft zur Mitarbeit in religiösen Organisationen.

Die bereits in den vergangenen Jahren festzustellende starke Geschlechts-, Alters- und Qualifikationsabhängigkeit bei der Mitarbeitsbereitschaft in Organisationen besteht 1999 weiter (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen 1999* – neue Bundesländer
(in Prozent)

	Mitarbeit						
	Soziale, gemein- nützige Dienste	Polit. Interessen- vertretung	Freizeit- interessen	Spez. Interessen von Gruppen	Religiöse Ziele	Arbeit- nehmer- inter- vertretung	Frauen- inter- essen
Insgesamt	24	8	27	11	4	12	16
Geschlecht							
Männer	21	11	27	12	3	14	8
Frauen	27	6	26	11	6	10	22
Altersgruppen							
unter 25 Jahren	33	14	43	22	6	19	18
25-39 Jahre	22	8	30	11	4	15	15
40-49 Jahre	28	9	27	12	4	14	22
50-59 Jahre	29	8	30	11	5	14	20
60 Jahre u. älter	16	5	14	6	4	3	9
Qualifikation							
ohne Abschluß	19	5	22	11	5	9	9
Facharbeiter/ Meister	22	7	26	10	4	11	17
Fach(hoch)schule	33	15	32	13	5	17	23
Hochschule	35	21	37	20	5	17	12

* Nur Antwortkategorie „ja“; „eventuell“ und „ich weiß nicht“ werden nicht ausgewiesen.
Datenbasis: sfz/leben '99 (gew.).

Frauen sind in stärkerem Maße als Männer bereit, in sozial gemeinnützigen Organisationen mitzuarbeiten, aber sie sind weniger bereit, in politischen Interessenvertretungen aktiv zu werden. Bei den Männern ist die Bereitschaft für ein Engagement in Freizeitorganisationen am höchsten. Jüngere präferieren Freizeitorganisationen am stärksten. Gleichzeitig ist jeder dritte aus der Altersgruppe unter 25 Jahren bereit, im Rahmen sozialer, gemeinnütziger Dienste aktiv zu werden. Diese hohe Bereitschaft für diesen Bereich wird ansonsten von keiner weiteren Altersgruppe erreicht. Einen deutlichen Abbruch erfährt das Interesse zur Mitarbeit in Organisationen bei Personen über 60 Jahre. Personen mit Fach- und Hochschulabschluß äußern traditionell eine ausgeprägte Mitarbeitsbereitschaft.

Zwischen der Bereitschaft, in Organisationen mitzuwirken, und der tatsächlichen Aktivität bestehen aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Abweichungen. Deshalb sollen die Mitgliedschaften der Ostdeutschen in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten sowie in Bürgerinitiativen und Parteien näher betrachtet werden.

Die Ergebnisse stützen teilweise die bereits dargestellten Resultate zur Mitarbeitsbereitschaft in Organisationen. Das nach den Einbrüchen von 1991 zu 1992 stabile Niveau dieser Form gesellschaftlicher Partizipation hat sich seither nur wenig verändert. Ausnahmen bilden in den letzten Jahren ein steter Rückgang der Mitgliedschaft in Gewerkschaften sowie eine starke Zunahme der Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden, darunter auch in Wohlfahrtsverbänden.

Mit diesen Entwicklungen ist zugleich der Anteil der Ostdeutschen, die in keiner Organisation Mitglied sind, seit 1998 zurückgegangen. 1999 ist fast jeder zweite Ostdeutsche Mitglied in mindestens einer Organisation (vgl. Tabelle 10).

Die Veränderung der Mitgliedschaft stellt sich für einzelne Organisationsformen differenziert dar.

Tabelle 10: Mitgliedschaften 1990-1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	Partei	Gewerkschaft	Verein, Verband	darunter: Wohlfahrtsverbände	Bürgerinitiative	Nirgends
1990	8	-*	-*	-*	-*	-*
1991	6	-*	-*	-*	-*	-*
1992	5	42	25	-*	1	-
1993	4	29	25	-*	2	52
1994	5	25	25	-*	2	55
1995	5	20	26	6	1	59
1996	6	19	30	9	2	59
1997	4	19	31	10	2	59
1998	4	16	42	14	-*	52
1999	4	13	46	14	-*	51

* Nicht erhoben.

Datenbasis: sfz/leben '90-'99.

Seit 1992 hat sich der Anteil jener, die angeben, Mitglied einer Partei oder einer Bürgerinitiative zu sein, so gut wie nicht verändert. Über den Zeitraum von 1992 bis 1997 stieg der Anteil der Ostdeutschen, die Mitglied in einem Verein bzw. Verband sind, leicht und in den letzten beiden Jahren stärker an - inzwischen ist hier fast jeder zweite Befragte Mitglied. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ist hingegen weiter drastisch zurückgegangen. Die Mitgliederverluste erklären sich zu einem wesentlichen Teil durch das Ausscheiden vieler Ostdeutscher aus der Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig dürften jedoch Austritte aus Enttäuschung und Unzufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Inter-

essenwahrnehmung (Sicherung von Arbeitsplätzen, Tarifpolitik) entstanden sein. Nicht zuletzt ist eine Reihe ehemals in der DDR-Gewerkschaft vorhandener Vorteile, wie beispielsweise die Versorgung mit preiswerten Urlaubsplätzen oder Fahrpreisermäßigungen, weggefallen. Der Verlust dieser Vorzüge und die im Vergleich zu früher höheren Mitgliedsbeiträge könnten die Entscheidung zuungunsten einer Gewerkschaftsmitgliedschaft beeinflußt haben. Dies dürften vor allem die Gründe für die Mitgliederverluste in den ersten Jahren nach der Wende sein. Gegenwärtig tragen Anzeichen der allgemeinen Krise der Gewerkschaften, die ebenfalls zum Rückgang gewerkschaftlicher Organisiertheit in Westdeutschland führen, zur weiteren Verringerung des Mitgliederanteils im Osten bei.

Insgesamt brachte die geringe Organisationsorientierung den Ostdeutschen in der Vergangenheit deutliche Nachteile für die Artikulation und Durchsetzung ihrer speziellen Interessen. Neben der wichtigen Rolle, die den Vereinigungen bei der gesellschaftlichen Konfliktaustragung zukommt, darf zudem nicht unterschätzt werden, daß sie ein bedeutendes identitäts- und gemeinschaftsstiftendes Potential darstellen. Inwiefern die Entwicklungen der letzten Jahre bereits eine Trendwende darstellen und vorhandene Defizite abbauen können, muß vorerst noch offen bleiben.

4.3 Parteienakzeptanz

Bei Untersuchungen zur politischen Kultur haben Fragen der Positionierung zu den vorhandenen Parteien eine besondere Bedeutung. Wir wollen sie über die Mitgliedschaft in und Sympathie für eine Partei als einen Pol und die Ablehnung einer Partei als anderen Pol betrachten. Generell gilt es dabei zu beachten, daß die Bewertungen zu den einzelnen Parteien nicht in einem direkten Zusammenhang mit Wahlentscheidungen stehen müssen. Allerdings reflektieren die dargestellten Sympathiebekundungen deutlich Wahlrends.

Entscheidungen für demokratische Parteien, wie wir sie in Ostdeutschland feststellen, bringen die Akzeptanz des vorhandenen Parteiensystems zum Ausdruck. Gleichzeitig zeigen die Bewertungen, daß in den neuen Bundesländern eine stabile und dauerhafte Bindung an einzelne Parteien weitgehend fehlt. Praktisch erlebte Politik der Parteien und die Übereinstimmung mit eigenen Zielen und Interessen werden von den Ostdeutschen stets neu bewertet. Die schwache Parteienbindung und die stets neue Prüfung der Parteien schließt das Wechseln in der Parteienpräferenz ebenso ein wie keine Entscheidung für eine der Parteien (z.B. keine Wahlbeteiligung).

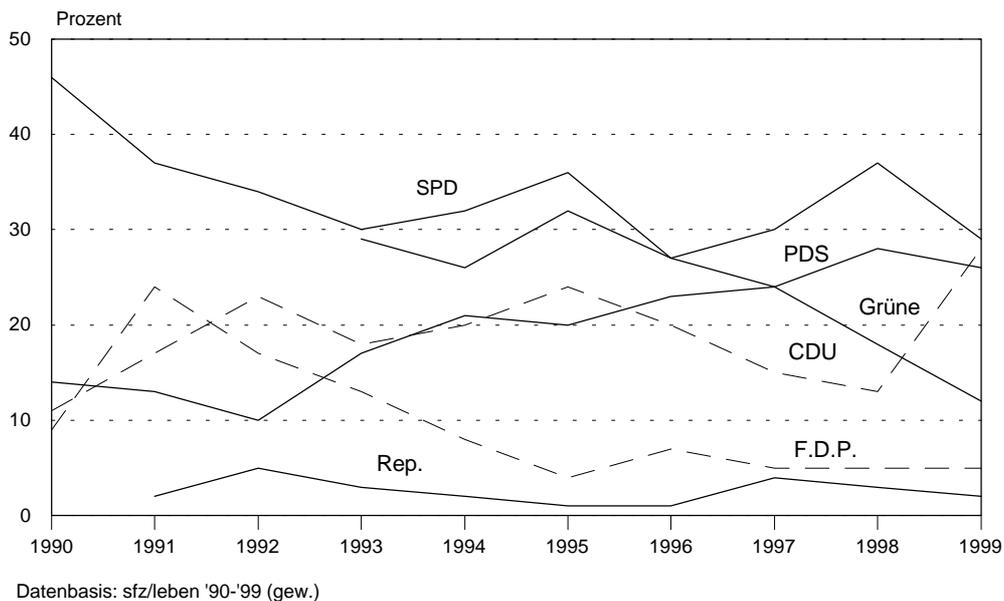
Die Entwicklung der Parteineigung in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft stößt verständlicherweise auf besonderes Interesse von Wissenschaft und Politik. Parteien als wichtigste intermediäre Instanzen der Interessenvermittlung können in gesellschaftlichen Umbruch- und Aufbauphasen für die Menschen verstärkt orientierende Funktionen haben. Obwohl sich in Ostdeutschland das westdeutsche Parteiensystem fast vollständig durchsetzte, bestehen einige Besonderheiten. Hervorzuheben ist die Institutionalisierung der Konfliktlinie Ost-West durch die feste Etablierung der PDS. Sie kann inzwischen nicht nur eine stabile Wählerschaft von über 20 Prozent in den neuen Bundesländern an sich binden, sondern hat durch die

Erlangung des Fraktionsstatus bei der Bundestagswahl von 1998 und den Eintritt in eine Regierungskoalition auf Landesebene in Mecklenburg-Vorpommern einen festen Platz im ostdeutschen Parteiensystem (vgl. Brie 1999, S. 228).

Auch die Akzeptanz der hauptsächlich nach 1990 in den Osten expandierten Parteien gestaltete sich weitgehend problemlos. Dabei hat sich die relativ instabile Bewertung der einzelnen Parteien vom Anfang der 90er Jahre abgeschwächt und betrifft gerade in den letzten Jahren nur noch einige Parteien in einem hohen Maß (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Parteineigung (Mitglied/Sympathisant) 1990-1999

- neue Bundesländer -



Die geringe Stabilität in der Parteienbindung unmittelbar nach der Wende erklärt sich aus den beträchtlichen Veränderungen in der Parteienlandschaft und der noch nicht festen organisatorischen Etablierung der einzelnen Parteien. Für die Ostdeutschen zählen neben Aspekten einer vermuteten und wahrgenommenen direkten Interessenvertretung durch die jeweilige Partei anscheinend weitere Faktoren. Den Ostdeutschen ist es offenbar besonders wichtig, daß sich die relevanten gesellschaftlichen Problemstellungen (z.B. Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Umweltschutz, allgemeine wirtschaftliche Situation) deutlich in der Politik und der Tätigkeit der Parteien reflektieren. Einen zunehmenden Einfluß auf Bewertungen hat außerdem die spürbare Einhaltung oder Nichteinhaltung von Wahlversprechen gewonnen. Dies erklärt besonders die starke Dynamik der letzten Jahre in der Haltung zu den jeweiligen Regierungsparteien.

Deutliche Veränderungen zeigen sich nicht nur in der Sympathie, sondern zugleich in der Ablehnung der jeweiligen Parteien (vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Verhältnis zu Parteien 1990-1999 – neue Bundesländer (in Prozent)

	CDU	SPD	F.D.P. (1990 LDPD)	PDS	Bündnis 90/ Die Grünen*	Republi- kaner
1990						
Zustimmung	11	46	9	14	23	..**
Ablehnung	17	8	15	59	8	..**
1991						
Zustimmung	17	37	24	13	25/28*	2
Ablehnung	39	14	15	53	15/14*	70
1992						
Zustimmung	23	34	17	10	19/23*	5
Ablehnung	34	12	17	49	18/17*	76
1993						
Zustimmung	18	30	13	17	29	3
Ablehnung	37	18	24	42	20	78
1994						
Zustimmung	20	32	8	21	26	2
Ablehnung	29	12	22	32	17	78
1995						
Zustimmung	24	36	4	20	32	1
Ablehnung	30	13	34	38	16	81
1996						
Zustimmung	20	27	7	23	27	1
Ablehnung	34	17	33	35	19	82
1997						
Zustimmung	15	30	5	24	24	4
Ablehnung	38	17	34	29	20	75
1998						
Zustimmung	13	37	34	28	18	3
Ablehnung	40	12	5	25	27	74
1999						
Zustimmung	28	29	5	26	12	2
Ablehnung	21	17	30	26	32	74

Zustimmung = Mitglied/Sympathisant

* Bis 1993 getrennt erhoben. ** 1990 nicht erhoben.

Datenbasis: sfz/leben '90-'99.

Unmittelbar nach der Wende standen viele Bürger in Ostdeutschland neuen Ideen und Personen aufgeschlossen gegenüber. In diesen Kontext ist u.a. die starke Sympathie für Bündnis 90/Die Grünen einzuordnen. Identifizierte sich vor einigen Jahren noch jeder dritte Ostdeutsche mit dieser Partei, ist ihre Akzeptanz in letzter Zeit stark rückläufig

und Positionen der Ablehnung gewinnen deutlich an Gewicht. Außerdem konnte diese Partei ihr Sympathiepotential bei Wahlen nicht aktivieren.

Die SPD und die CDU erfahren 1999 die geringste Ablehnung. Nach den schlechten Bewertungen, die die CDU 1997 und 1998 erhielt, bedeutet dies für diese Partei eine deutliche Umkehrung des Trends der letzten Jahre.

Hingegen wurde der Trend der SPD, mit steigender Tendenz in Ostdeutschland die Partei mit den meisten Sympathisanten und dem geringsten Anteil an Kritikern zu sein, 1999 gestoppt. Hinter der SPD und CDU, die 1999 hinsichtlich der Akzeptanz und Ablehnung etwa gleich hohe Werte aufwiesen, folgt mit nur noch geringem Abstand die PDS. Besonders ab 1993 wurden bestimmte, historisch erklärbare Vorurteile, wie sie besonders die PDS treffen, stärker abgebaut. Die zunehmende Profilierung der PDS als ostdeutsche Oppositionspartei führte zu ihrer erhöhten Akzeptanz und zu einem Anstieg der Zahl ihrer Sympathisanten. 1999 ist mehr als jeder vierte Befragte Mitglied oder Sympathisant dieser Partei, und der Anteil der Ablehnungen ist ebenso groß. Im Vergleich dazu lag 1990 der Anteil der Sympathisanten bei 14 Prozent, und mehr als jeder zweite (60%) lehnte die PDS ab. Damit setzt sich der Trend zur Akzeptierung der PDS als starker Kraft im politischen Parteienspektrum fort.

In den letzten Jahren haben sich die Haltungen zur F.D.P. nur wenig verändert. Die Sympathiewerte schwanken um fünf Prozent, während jeder dritte Befragte die Partei ablehnt.

Die Unterstützung für die Republikaner stieg bis 1997 beachtlich an und ist danach wieder gesunken. Eine große Mehrheit lehnt diese Partei zwar weiter ab, dennoch lehnen nur drei von vier Ostdeutschen diese Partei kategorisch ab. Diese Resultate müssen deshalb als ernstzunehmender Hinweis gesehen werden, daß die von ihr und anderen rechtsgerichteten Parteien verkündeten Losungen und vertretene Ideologie wieder zunehmend angenommen werden und daß Rechtsparteien (wie die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg zeigen) eine gewisse Bedeutung erlangen können.

Eine Betrachtung der Parteienakzeptanz nach sozialstrukturellen Gruppen läßt unterschiedliche Präferenzprofile bei Frauen und Männern sowie eine Differenzierung nach dem Alter und der Qualifikation erkennen (vgl. Tabelle 12).

Insgesamt sind die Unterschiede in der Akzeptanz der einzelnen Parteien zwischen Frauen und Männern geringer geworden. Gleichzeitig halten sich die Frauen in ihren Urteilen, besonders bei der Ablehnung von Parteien, bis auf die PDS und die Republikaner, stärker zurück als die Männer.

Bei einer Unterscheidung nach Altersgruppen läßt sich im Vergleich zu 1997 eine geringer gewordene Ablehnung im gesamten Parteienspektrum ausmachen. Eine Ausnahme stellt die Position zu Bündnis 90/Die Grünen dar, sie werden von allen Altersgruppen stärker abgelehnt. Deutlich angestiegen ist im Vergleich zu 1997 die Ablehnung dieser Partei und der PDS bei der Altersgruppe unter 25 Jahren. Bei den meisten Parteien besteht zwischen Akzeptanz und dem Alter kein feststehender Zusammenhang. Lediglich bei Bündnis 90/Die Grünen und bei den Republikanern nimmt die Zustimmung von den Jüngeren zu den Älteren ab, d.h. die Akzeptanz beider

Parteien ist bei den Jüngsten am größten. Bei diesen Parteien liegen ebenfalls die deutlichsten Muster der Akzeptanz nach dem Grad der beruflichen Qualifikation vor.

Tabelle 12: Verhältnis zu Parteien nach sozialstrukturellen Gruppen 1999
– neue Bundesländer (in Prozent)

	CDU		SPD		F.D.P.		PDS		Bündnis 90/ Die Grünen		Republikaner	
	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung	Zu- stim- mung	Ab- leh- nung
Insgesamt	28	21	29	17	5	30	26	26	12	32	2	73
Geschlecht												
Männer	30	24	30	19	6	33	28	26	12	36	3	73
Frauen	27	19	27	15	5	27	25	27	13	28	1	73
Altersgruppen												
unter 25 J.	26	26	25	21	6	28	29	34	18	33	6	69
25–39 J.	31	19	26	18	4	28	19	23	16	29	3	69
40–49 J.	30	22	27	17	6	32	28	28	11	34	2	74
50–59 J.	21	24	37	12	6	30	32	20	10	27	-	73
60 J. u. älter	29	20	30	17	6	30	29	29	7	34	1	80
Qualifikation												
ohne												
Abschluß	36	14	26	13	7	22	20	25	12	23	3	63
Facharbeiter/ Meister	27	21	28	17	5	31	22	28	9	35	3	73
Fach(hoch)- schule	25	25	35	18	4	29	31	25	18	31	1	78
Hochschule	23	38	34	25	6	41	43	22	28	28	-	90

Datenbasis: sfz/leben '99.

Bei Bündnis 90/Die Grünen ist die Zustimmung bei Personen mit Hochschulabschluß am größten. Bei Personen ohne oder mit Facharbeiter- bzw. Meisterabschluß ist die Akzeptanz hingegen am geringsten und die Ablehnung am größten. Dieses Muster trifft ebenfalls für die PDS zu. Die Republikaner erfahren hingegen den stärksten Zuspruch und die geringste Ablehnung bei Personen ohne beruflichen Abschluß und den geringsten Zuspruch und die höchste Ablehnung bei den Hochqualifizierten.

5 Schlußfolgerungen

Zehn Jahre nach den politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen in Ostdeutschland bestehen zwischen den Einschätzungen zur Entwicklung der persönlichen Lebensverhältnisse und den Bewertungen des politischen Systems deutliche Diskrepanzen. Im Gegensatz zu den positiven Urteilen bei der Verbesserung einer Reihe objektiver Lebensbedingungen fallen die Urteile über das gesellschaftlichen System weitaus kritischer aus. Die Systemunzufriedenheit als Nachwirkungen der DDR-Sozialisation oder auf die Erfahrungen der Nachwendezeit zurückzuführen, greift offenbar zu kurz. In den Bewertungen der Bürger in den neuen Bundesländern verliert die Vergleichsperspektive zum DDR-System an Bedeutung, und im globalen Systemvergleich sprechen sich die Ostdeutschen weiterhin deutlich für das gegenwärtige System aus. Dennoch finden unterhalb der globalen Vergleichsebene einzelne Elemente der früheren Ordnung (z.B. Mitsprachemöglichkeiten im Bereich der Erwerbstätigkeit) weiterhin eine bessere Bewertung. Obwohl sich gerade bei den jüngeren Ostdeutschen Tendenzen einer zunehmenden Anpassung abzeichnen, behaupten sich bestimmte kritische Einschätzungen der gegenwärtigen Zustände und eine höhere Wertschätzung von Einzelbestandteilen des DDR-Systems.

Die meisten ostdeutschen Bürger vertreten demokratische Grundwerte. Die Übertragung des westlichen Demokratie Modells trifft weitgehend auf Akzeptanz. Trotzdem ist ein hoher Anteil der Ostdeutschen mit der bisherigen Demokratieentwicklung und dem eigenen Einfluß unzufrieden. Die in diesem Bereich mit der Wende verfolgten Ziele, Erwartungen und Hoffnungen haben sich augenscheinlich nicht ausreichend erfüllt, die Veränderungsbereitschaft und das Streben nach Selbstbestimmung wurden praktisch nicht gefordert bzw. konnten sich nicht durchsetzen. Die Wahrnehmung der Kluft zwischen den teilweise idealistisch überzogenen Erwartungen und der eher pragmatisch ausgerichteten Transformationsrealität führte zu Enttäuschung und Resignation.

Ursachen für kritische Einschätzungen liegen unter anderem darin begründet, daß zwar die Demokratie allgemein akzeptiert wird, aber die vorgefundene und in den letzten Jahren praktisch erlebte Demokratie bundesrepublikanischer Prägung als veränderungs- und verbesserungswürdig angesehen wird. Der Vergleich mit bestimmten Elementen der erlebten DDR-Realität spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, daß die Ostdeutschen mit ihrer Besorgnis über den Zustand der Demokratie nicht alleinstehen, sondern Kritik und Notwendigkeiten zum weiteren Ausbau auch verschiedentlich von der Politik geäußert wird.

Die Mitwirkungsbereitschaft und das tatsächliche Engagement der Bürger im Osten sind nach der 'Wendeeuphorie' auf ein geringes Niveau gesunken. Die Situation hat sich nach einem drastischen Rückgang in den letzten Jahren lediglich stabilisiert.

Zu den positiven Ergebnissen der Veränderungen der zurückliegenden zehn Jahre in Ostdeutschland gehört, daß funktionsfähige demokratische Institutionen und Strukturen geschaffen wurden. Das politische System der Bundesrepublik erhält im Vergleich zu jenem der DDR eine deutlich bessere Bewertung. Da das Vertrauen der Ostdeutschen in

verschiedene Institutionen weiterhin gering bleibt, kann allerdings von der Konstanz einer gewissen kritischen Systemhaltung ausgegangen werden. Besonders den politischen Institutionen werden bestimmte Fehler, Mängel und negative Entwicklungen in der Transformation zum Vorwurf gemacht. Die Ostdeutschen erwarteten augenscheinlich andere Entscheidungen, eine bessere Berücksichtigung ihrer Interessen sowie ein stärkeres Eingreifen der Politik in die Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung. Ob sich diese Haltung allein als traditionelle Elemente eines obrigkeitsstaatlichen Denkens interpretieren lassen, bleibt anzuzweifeln.

Anzeichen, die auf eine stärkere demokratische Sensibilisierung und auf eine breite gesellschaftliche Mitwirkung der Bürger in Ostdeutschland hinweisen, sind nur schwach vorhanden.

Für die aktuellen Einstellungen und Haltungen der Ostdeutschen sind die Erfahrungen und Werte der 'Vorwendezeit' in vielen Bereichen von nachhaltiger Wirkung. Die Mitgliedschaft in Parteien und anderen Organisationen, die in der DDR mehr oder weniger zum System gehörte und zu der sich deshalb eine starke Abneigung entwickelte, trifft weiterhin auf Zurückhaltung und Vorbehalte. In der politischen Interessenartikulation und -durchsetzung wie auch allgemein im gesellschaftlichen Umgang stehen offenbar eher gewisse Harmoniebedürfnisse im Vordergrund als die Austragung von Interessenkonflikten. Statt auf Konkurrenzdemokratie setzt man stärker auf Elemente einer breiten Konsensdemokratie. Kompromißbereitschaft, Autorität und der vermittelnde Ausgleich werden teilweise höher geschätzt als scharf geführte Auseinandersetzungen und vordergründig aus parteipolitischen Kalkül geführter Streit. In den Parteipräferenzen und letztlich ebenso in den Wahlentscheidungen lassen sich die ostdeutschen weniger von fest ausgeprägten parteipolitischen Milieus beeinflussen. Hingegen haben bei entsprechenden Entscheidungen Bewertungen der politischen Gesamtlage in der Bundesrepublik und besonders die Resultate der jeweiligen Landespolitik bedeutenden Einfluß.

Bei einem beträchtlichen Teil der Ostdeutschen hat die bisherige Entwicklung nicht nur deutliches Unbehagen, sondern Gefühle der Ohnmacht und der Einflußlosigkeit entstehen lassen. Auswirkungen der dadurch entstandenen Unzufriedenheiten und Enttäuschungen schlagen sich in einzelnen Aspekten des politischen Lebens und besonders im schwachen gesellschaftlichen Engagement nieder. Die Ostdeutschen sind nur zu einem geringen Teil bereit, in Parteien oder allgemein politisch aktiv zu werden. Generell zeigt sich die starke Abhängigkeit der politischen Interessiertheit und gesellschaftlichen Mitwirkung vom Geschlecht, Alter und der beruflichen Qualifikation. Erstaunlich schnell passen sich dabei die Frauen, trotz der hohen Qualifikation und der weiter bestehenden Erwerbsbeteiligung, an das gängige westdeutsche Muster geringen gesellschaftlichen Engagements an. Die Einstellungen und Haltungen der jungen Generation haben sich in den letzten Jahren beträchtlich verändert und zeigen eine stärkere Tendenz des Hineinwachsens in die neue Gesellschaft. Bestimmte Besonderheiten bleiben jedoch auch in diesen Altersgruppen weiter erhalten. Die Höherqualifizierten bilden traditionell den hochpolitisierten und kritischen Teil der ostdeutschen Bevölkerung.

Gegenwärtig haben sich die ostdeutschen Besonderheiten nicht nur in der wirtschaftlichen und sozialen Lage, sondern zugleich in den Systembewertungen und den Partizi-

pationshaltungen verfestigt. Im Gegensatz zu dem starken Druck nach der Wiedervereinigung auf eine vollständige und schnelle Angleichung an entsprechende Niveaus der alten Bundesländer besteht gegenwärtig eine Tendenz der Selbstbehauptung und einer Akzeptanz der Unterschiedlichkeit. Die Gefahr, daß die politischen Einstellungen und Haltungen der Resignation und Zurückhaltung in der Partizipation dauerhaft beibehalten werden, bleibt dabei weiterhin erhalten. Für die Ostdeutschen können sich durch den Rückzug auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen Tendenzen hin zu Positionen ergeben, denen es weitgehend an einer Interessenartikulation, Konfliktaustragung und der Nutzung von Chancen zur aktiven Gestaltung der Verhältnisse mangelt.

Literatur

- Beyme, Klaus von (1994): Verfehlte Vereinigung - verpaßte Reformen? In: Journal für Sozialforschung, 34. Jg., Heft 3, S. 249-269.
- Brie, Michael (1999): Die ostdeutsche Teilgesellschaft. In: Kaase, Max/Schmid, Günther: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 201-236.
- Bürklin, Wilhelm P. (1996): Einstellungen und Wertorientierungen ost- und westdeutscher Eliten 1995. In: Gabriel, Oscar W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen.
- Cusack, Thomas R./Weßels, Bernhard (1996): Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung. Arbeitspapier FS III 96-203, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud (1997): Sozialstaat und Demokratie. In: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 340, Bonn, S. 608-617.
- Eisen, Andreas/Kaase, Max (1996): Transformation und Transition: Zur politikwissenschaftlichen Analyse des Prozesses der deutschen Vereinigung. In: Kaase, Max/Eisen, Andreas/Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Wollmann, Hellmut: Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Opladen, S. 5-46.
- Gabriel, Oscar W. (1994): Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung. In: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin, S. 22-42.
- Gabriel, Oscar W. (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen. In: Kaase, Max/Eisen, Andreas/Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Wollmann, Hellmut: Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Opladen, S. 231-319.
- Lehmbruch, Gerhard (1993): Institutionentransfer. In: Seibel, Wolfgang/Benz, Arthur/Mäding, Heinrich (Hg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozeß der deutschen Einigung. Baden-Baden, S. 41-66.
- Lemke, Christina (1991): Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen.
- Misselwitz, Hans-J. (1994): Politikwahrnehmung und Politikvermittlung in den neuen Bundesländern. In: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 45-46, S. 3-11.

- Pollack, Detlef (1998): Ostdeutsche Identität. Ein multidimensionales Phänomen. In: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen, S. 301-318.
- Priller, Eckhard/Weichert, Brigitte (1992): Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung. In: Winkler, Gunnar (Hg.): Sozialreport 1992. Berlin, S. 275-298.
- Priller, Eckhard (1994): Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Winkler, Gunnar (Hg.): Sozialreport 1994. Berlin, S. 301-330.
- Priller, Eckhard (1997a): Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung? Arbeitspapier FS III 97-411, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Priller, Eckhard (1997b): Demokratieentwicklung und gesellschaftliche Mitwirkung. In: Winkler, Gunnar (Hg.): Sozialreport 1997. Berlin, S. 284-342.
- Priller, Eckhard (1996): Veränderungen in der politischen und sozialen Beteiligung in Ostdeutschland. In: Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin, S. 283-305.
- Roesler, Jörg (1997): Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950-1989. In: Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage B 38, S. 3-17.
- Seifert, Wolfgang (1994): Bürger und Staat. In: Datenreport 1994: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Hg. vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325, Bonn, S. 617-627.
- Tiemann, Heinrich/Schmid, Josef/Löbner, Frank (1993): Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den neuen Bundesländern. In: Deutschland Archiv 1, S. 40-51.
- Winkler, Gunnar (1997): Ostidentitäten - ein Sichfinden im Gestern und Heute? In: Sozialreport Neue Bundesländer. I. Quartal, S. 3-9.
- Zapf, Wolfgang/Habich, Roland (1999): Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999. In: Kaase, Max/Schmid, Günther: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 285-314.
- Zimmer, Annette/Priller, Eckhard/Anheier, Helmut (1997): Der Nonprofit-Sektor in den neuen Bundesländern: Kontinuität, Neuanfang oder Kopie? In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 20, Heft 1, S. 58-76.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Dr. Jan Delhey
Dr. Katrin Gillwald

Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller
Annett Schultz, Diplomsoziologin

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: März 2000)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch
- FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence
- FS III 99-103 "In Russia we were Germans, and now we are Russians." - Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian Aussiedler
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann

- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel and Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs

- FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs
- FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann and Bernhard Wessels
- FS III 00-201 Structures of diversity of press and broadcasting systems: The institutional context of public communication in Western democracies
Katrin Voltmer
- FS III 00-202 Ideology-Driven Public Opinion Formation in Europe: The Case of Third Sector Attitudes in Sweden.
Staffan Kumlin

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

- FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert
- FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff
- FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs
- FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu "Sozialreport 1994" - "Datenreport 1994".
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler
- FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven
- FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald
- FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger
- FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller
- FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn
- FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven
- FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schräpler
- FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian
- FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs

- FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau
- FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann
- FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg
- FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider
- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig
- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschhoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschhoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschhoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn

- FS III 98 - 407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99 - 401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using “old” and “new” types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf
- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99 - 406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John
- FS III 99 - 407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers
- FS III 99 - 408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 99 - 409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.